

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 133 SONNTAG, 29. Dez. 1935

Aus dem Inhalt:

Wie Göring verdient
Ungenannt — eine Million
Neue Zuchthausurteile
Pleite im Göbbelskonzern

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Die große Lehre der Demokratie

Europa am Ende des Jahres 1935

Das Ende des Jahres 1935 hat eine dramatische Zuspitzung der Weltlage gebracht. Der Angreifer droht offen, den Krieg nach Europa zu tragen, wenn der Völkerbund ihm in den Arm fallen werde. Die Kriegsgefahr ist da, und der Wahnsinn des Diktators ist groß genug, um die Brandfackel zu schleudern. Keine Illusionen darüber, daß er davor zurückschrecken werde, daß Europa nicht Afrika sei.

Angesichts dieser Drohung erhebt sich die europäische Demokratie aus der Lähmung. Das englische Volk hat sich als ein Vorkämpfer der Demokratie und des Friedens erwiesen. Das englische Volk hat sich um die Sache des Friedens in Europa und um die Sache der Demokratie verdient gemacht. Wenn so klarer und entschlossener Volkswille hinter dem Völkerbund steht, dann hört er auf eine unwirksame Einrichtung zu sein und wird zu einem kraftvollen Instrument gegen alle Friedensbrecher.

Jeder Deutsche, der geistig nicht untergegangen ist im braunen Meer, blickt auf die Geschichte der letzten drei Wochen mit Spannung und Bewunderung. Eine Regierung, die soeben einen Wahlsieg errungen hat, größer als sie selbst erwartet hatte, die neu gefestigt vor das Land tritt mit einem Mandat, fünf Jahre die Geschäfte des Landes zu führen, wird vom Willen des Volkes gezwungen, einen Versuch aufzugeben, der ihren Wahlzusicherungen wie dem unzweifelhaften Willen des ganzen Volkes widerspricht. Nicht das Parlamentsvotum, aber der eindeutige, in mannigfachen Formen ausgesprochene Volkswille zwingt diese Regierung in den richtigen Kurs zurück — in den Kurs des internationalen Rechts und seiner Verteidigung. Diese Regierung beugt sich dem Volkswillen — sie wird künftig den Willen des englischen Volkes vollziehen. Das ist lebendige Demokratie.

Das ist England, das englische Volk, die englische Demokratie.

Und da ist Deutschland — so wie es heute ist, unterworfen unter eine Despotie, die demokratische Kräfte verfolgt, unterdrückt, in die Illegalität gezwungen.

Jedem Deutschen, der nicht rettungslos gleichgeschaltet ist, muß die Schamröte ins Gesicht steigen bei diesem Vergleich.

Während die freien Völker angesichts der Kriegsdrohung der Diktatoren selbst auf die Bühne der Geschichte treten, ist das deutsche Volk ein willenloses Instrument in der Hand von Rechtsbrechern und Abenteurern. Ja, Deutschland ist tot, ist geistig und politisch tot, ist zurückgesunken in einen Zustand, der seit nahezu hundert Jahren überwunden war. Die deutschen Despoten und ihre Kriegsmacht fallen ins Gewicht in der politischen Rechnung der Welt, aber das deutsche Volk ist von ihnen ausgetrieben worden aus der Reihe der geschichtlichen Nationen.

Die Unwürdigkeit der Stellung des deutschen Volkes in Europa ist in diesen Tagen jedem freiheitliebenden Deutschen ins Bewußtsein getreten. Die deutschen Despoten sprechen von Freiheit und meinen damit die Möglichkeit, mit Gewalt anderen Völkern ihr Gesetz aufzuerlegen. Das deutsche Volk wird erst dann wieder ein freies Volk sein, wenn es seinen eigenen freien Willen aussprechen kann wie das englische Volk, wenn sein eigener freier Wille der Wille des Staates sein wird, wenn seine Regierung nicht mehr

der Gewaltherrscher über ein versklavtes Volk sein wird, sondern der Diener des Willens des souveränen Volkes in den Formen des Rechts.

Wenn man uns fragt nach drei Jahren Hitlerdespotie: »Was soll nach Hitler kommen?« — so antworten wir: »Seht nach England! Blickt auf die lebendige Demokratie in England, das ist das Vorbild. Das soll nach Hitler kommen!«

Kaum jemals in den vergangenen drei Jahren ist der Zusammenhang zwischen Demokratie und Recht, Freiheit und Frieden so zwingend hervorgetreten wie in der Geschichte der letzten drei Wochen, in diesem Siege demokratischer Volkkräfte über die Tendenzen, die zurück wollten zur Ausschaltung der Völker, zur Geheimdiplomatie der Machtpolitik, die den Rechtsgedanken des Völkerbundes der faschistischen »Dynamik« opfern wollten. Kaum jemals zuvor ist in diesen drei Jahren die innere grundsätzliche Verbundenheit der Parteien der Demokratie so festgelegt gewesen. Wenn die britische Arbeiterpartei die Sache der Demokratie führt, wenn die französischen Sozialisten kraftvoll zum Angriff auf Laval schreiten, wenn wir gegen Hitler kämpfen und unsere italienischen Freunde gegen Mussolini, so dienen wir der gleichen Sache in gleicher Gesinnung.

Darum blicken wir hoffnungsvoller in die Zukunft als jemals zuvor. Die europäische Demokratie lebt — das ist die große Lehre, die wir dem dramati-

schen Geschehen der letzten Wochen entnehmen.

Solange es wahrhaft freie Völker in Europa gibt, solange werden sich auch die großen und einfachen Grundsätze des Rechts in der internationalen Politik am Ende durchsetzen, solange wird die Zukunft ihren entschlossenen und aufrichtigen Vertretern gehören! Diese Lehre gilt heute vor allem für das französische Volk. Die französische Regierung hat unter der Führung Laval's die Sache des unbedingten internationalen Rechts und damit die Sache des Völkerbundes geistig preisgegeben. Sie ist auf die Grundlage der sogenannten »Realpolitik« Mussolini's getreten. Sie streicht die starke Stellung Frankreichs aus, wenn sie auf die Lokalisierung des Krieges um den Preis eines Rechtsbruches abzielt. Sie nähert sich den Gedankengängen der Hitlerpolitik, wenn sie aus der Tatsache militärischer Uebermacht das Recht des Angreifers auf Prämierung ableitet. Diese Politik hat die geistige Grundlage der französischen Sicherheitspolitik zerstört, weil sie an die Stelle des internationalen Rechts die Geheimdiplomatie gesetzt hat, an die Stelle der Völkerbundspolitik geheime Abmachungen mit Mussolini, weil sie für eine echt imperialistische Schiebung mit Mussolini die Zusammenarbeit der freien Völker aufs Spiel gesetzt hat. Wenn ein Volk duldet, daß seine Regierung es betrügt und die großen Grundsätze verrät, zu denen es sich bekennt, so gerät es in Gefahr, nicht nur seine wahren Interessen gekränkt zu sehen, sondern auch seine

Freiheit zu verlieren! Demokratische Verfassung und faschistische Außenpolitik sind auf die Dauer unvereinbar.

Die dritte Lehre dieser Tage aber gilt für alle. Die Politik der europäischen Politiker darf keine Politik der papiernen Proteste sein, wenn sie siegen soll. Die Rüstung der Diktaturen ist nicht von Papier! Die Despoten spielen nicht nur mit dem Krieg, sie bluffen nicht nur mit ihm, sie wollen ihn wirklich, und sie müssen ihn wollen. Gegen sie gilt: was Medikamente nicht heilen, heilt das Eisen, was Eisen nicht heilt, heilt das Feuer! Wer nicht unterliegen will, muß zum Kampfe bereit sein. Wenn nun die englische Politik die Mitgliederstaaten des Völkerbundes an ihre Verantwortlichkeit erinnert, wenn sie ihnen die Alternative stellt: ein kraftvoller, zur Verteidigung des Rechts und der kollektiven Sicherheit mit allen Mitteln entschlossener Völkerbund oder keiner, so erfüllt sich nach drei Jahren qualvoller Verwirrung, was wir von jeher gefordert haben: daß die europäische Demokratie sich zum Schutze Europas vor dem barbarischen Faschismus auf ihre überlegenen Kräfte besinne und sie zeige.

Die demokratische Welt ist in Bewegung gekommen. Der faschistische Angriff stößt nicht auf widerstandsunwillige Völker, die schweigend unter das Joch der faschistischen Knechtschaft gehen, sondern auf die Empörung der freien Völker. Wir begrüßen die Renaissance der Demokratie, und wir wünschen nichts sehnlicher, als daß das deutsche Volk in den Kreis der freien Völker bald wieder eintreten möge!

Göring im Korruptionssumpf

500.000 Mark von der Lufthansa — Provision für Motorenbestellungen. — Die Geschäfte des Staatssekretärs Milch.

Unsere Enthüllungen über die Korruption, die sich im Umkreis der »Kreuz-Zeitung« des Reichsministers Franz Seldte eingenistet hatte, geben einen Ausschnitt aus der allgemeinen Verwahrlosung, die mit der deutschen Aufrüstung verbunden ist. Die Spitzen der Regierung sind bei der allgemeinen Plünderung von öffentlichen Mitteln und von Industriemitteln dabei vorangegangen. Daher erklärt sich auch wie Göring und andere Millionäre geworden sind.

Göring, Reichsfluchtminister und preussischer Ministerpräsident, stand den korrupten Reichswehroffizieren Wahle, Schäfer, Johst und seinem Kollegen in der Reichsregierung, Seldte, um nichts nach. Wir sind in der Lage, einige Blitzlichter auf die Art und Weise zu werfen, in der Göring mit öffentlichen Mitteln umspringt.

Die Abwehrabteilung der Reichswehr wurde im Mai 1933 darauf aufmerksam, daß bei der Lufthansa Unstimmigkeiten vorhanden waren. Damals war Herr Milch schon Staatssekretär des Reichsfluchtministeriums unter Göring, setzte aber »still« seine Tätigkeit in der Lufthansa noch fort.

Die Lufthansa hatte aus Reichswehrmitteln eine Subvention von 15 Millionen Mark für den Bau von Schnellflugzeugen für den sogenannten Luftblitzverkehr. Von diesem Betrag war rund die Hälfte nicht zu dem vorgeschriebenen Zweck verwendet worden. Auf Anfragen aus dem Reichswehr-

ministerium erklärte die Lufthansa, daß sie diesen Betrag für Bodenarbeiten verwendet habe, deren Notwendigkeit sich im Interesse des Blitzluftverkehrs erst nachträglich herausgestellt habe; ferner seien 150.000 Mark für Nachtbeleuchtungsanlagen an die Firma Julius Pinsch A. S. gezahlt worden. Die Abwehrabteilung des Reichswehrministeriums prüfte diese Angaben und stellte fest, daß sie unwahr waren. Sie ließ durch einen Justitiar der Reichswehr den Staatssekretär Milch zu einer Besprechung bitten.

Diese Besprechung fand in der Abwehrabteilung des Reichswehrministeriums statt. Sie wurde von Hauptmann Wahle geführt. Milch wurde vernommen, wo die fraglichen dreiviertel Millionen Mark verblieben seien, die aus Reichswehrmitteln stammten.

Milch erklärte, daß er 500.000 Mark an die Privatkanzlei des Luftfahrtministers Göring gezahlt habe. Unmittelbarer Empfänger sei Görings Vertrauter Bodenschatz gewesen.

Über diese Erklärung wurde ein Protokoll aufgenommen.

Göring zahlt Schweigegeld

Die Leute von der Abwehrabteilung aber waren die hinreichend korrupten Offiziere Wahle und Schäfer, und zu ihnen gehörte auch Hauptmann Johst. Bevor die Angelegenheit noch amtlich weiter verfolgt wurde, benutzten sie ihre Kenntnisse zu einem Erpressungsmanöver an Göring

und Milch. Sie teilten Milch mit, daß durch eine Indiskretion die ganze Angelegenheit zur Kenntnis der »Kreuz-Zeitung« gelangt sei, was nun die Lufthansa zu tun gedanke?

Als Antwort darauf erschien die Gestapo in der »Kreuz-Zeitung« und drohte dem Verlagsdirektor Georg Seldte mit dem Verbot, falls über die »Kreuz-Zeitung« etwas von dieser Angelegenheit bekannt werde. Georg Seldte gab alle erdenklichen Zusicherungen. Die Leute von der Abwehrabteilung aber holten sich Milch. Sie versicherten ihm, daß durch ihren Einfluß eine Hinaustragung der Angelegenheit durch die »Kreuz-Zeitung« verhindert worden sei, daß jedoch dafür die Lufthansa sich bei der »Kreuz-Zeitung« revanchieren müsse. Milch erklärte: der Propagandaetat der Lufthansa sei bereits überschritten, da seien keine Gelder mehr. Es ließe sich nur so machen, daß die Kanzlei des Ministers Göring unmittelbar an die »Kreuz-Zeitung« zahle, da die Kanzlei des Ministers von der Lufthansa vor einiger Zeit erst eine halbe Million Mark erhalten habe.

Am anderen Tage ging ein Vertrauensmann, gedeckt von zwei Leuten der Abwehrabteilung in Zivil, in die Privatkanzlei des Ministers Göring. In Gegenwart der Sekretärin, Fräulein Grund, zahlte Görings Vertrauensmann Bodenschatz diesem Boten 50.000 Mark in bar aus, und zwar 20.000 Mark in Tausendmark-scheinen, den Rest in Hundertmark-scheinen.

Ungenannt - eine Million

Von diesem Geld erhielt Franz Seldte persönlich 10.000 Mark, den Rest teilten sich die Offiziere.

Die »Kreuz-Zeitung« beschwerte sich oben- drin bei der Reichswehr über den Besuch der Gestapo bei der »Kreuz-Zeitung«. Der Presse- chef der Reichswehr, Major Foerisch, ließ der Gestapo ein Schreiben zugehen, daß die »Kreuz-Zeitung« ein »Pressestützpunkt der Reichswehr« sei, und daß die Reichswehr die Gestapo ersuchen müsse, die »Kreuz-Zeitung« in Ruhe zu lassen.

Dieser ganze Vorfall spielte im Juli 1933.

Reichswehr gegen Göring

Nach diesem erpresserischen Zwischenspiel versuchte nun das Reichswehrministerium offiziell, Göring die 500.000 Mark abzujagen, die er eingesteckt hatte. Es schickte einen Offizier und einen Jurist zu Göring und ließ ihn bitten, einen Verwendungsnachweis über diese Summe zu geben. Göring begann zu toben und erklärte, er verbitte sich jede Einmischung in seine Angelegenheiten, er lehne ein solches Ansinnen ab.

Das Reichswehrministerium veranlaßte nun, daß in der Folge bei der Lufthansa die Finanzabrechnung kontrolliert wurde. Dabei wurde festgestellt, daß der fehlende Betrag von 500.000 Mark plötzlich wieder erschien — und zwar als Einnahme in mehreren Abschnitten aus Mitteln des Reichsluftfahrtministeriums.

Bei den Buchprüfungen aber trafen die Prüfer auf den Tatbestand, daß Beträge, die die Gesamtsumme von etwa 150.000 Mark erreichten, nach und nach aus laufenden Einnahmen der Lufthansa auf ein Konto Milch übertragen waren. Milch wurde wieder befragt, was es mit dem Konto für eine Bewandnis habe.

und Milch hat erklärt, daß er diese Beträge an die Privatkanzlei des Herrn Reichsluftfahrtministers Göring gezahlt habe, und zwar immer zu Händen des Herrn Bodenschatz.

Nun griff die Reichswehr wieder ein und machte eine Ausarbeitung über den ganzen Tatbestand Lufthansa-Milch-Göring, und leitete diese Ausarbeitung Blomberg zu. Blomberg hat diese Geschichte Hitler übergeben, nachdem er ihm den Tatbestand vorgelesen hätte. Hitler hat das Exposé eingesteckt. Es erfolgte nichts. Im Gegenteil, die Lufthansa zahlte in angegebener Weise weiter.

Die Reichswehr bohrte nun weiter und erkundigte sich bei Herr Göring, wofür denn die Gelder Verwendung finden, da ja doch die Lufthansa, wenn sie auch Einnahmen habe, doch wesentlich vom Reichswehrministerium subventioniert werde. Göring erklärte ganz großschönlich:

er habe die Gelder bekommen, er habe sie zu Privat Zwecken, jedoch im nationalen Interesse verwendet.

Die weitere Nachprüfung ergab nun, daß bei der Lufthansa fortlaufend Beträge nimmend aus dem Luftfahrtministerium einfließen auf das Konto Milch — das ist dasselbe Konto, von dem aus die Zahlungen immer an Göring gegangen waren und gingen. Es war also ein undurchsichtiger Knädelmuddel, bei dem die Beteiligten im Trüben fischen konnten, ohne daß man leicht dahinter kommen konnte. Nachdem die Reichswehr erfuhr, daß Hitler die Dinge auf sich beruhen ließ, und Blomberg selbst auch nichts unternahm, ließen auch die Offiziere die Dinge auf sich beruhen.

Göring nimmt Provision

Sie beobachteten jedoch Görings Geschäfte weiter. Im August 1933 entdeckten sie, daß Göring ein Privatgeschäft mit Opel-Rüsselsheim gemacht habe. Er habe bei den Opelwerken als Minister für Reichsluftfahrt 80 Motoren für Flugzeuge bestellt. Diese sollte Opel als Lizenznehmer einer englischen Flugmotorenfirma bauen. Bezahlt wurden diese Motoren nicht aus Geldern des Reichsluftfahrtministeriums, sondern aus Geldern der Lufthansa. Diese Gelder der Lufthansa stammten aber aus dem Subventionsfonds des Reichswehrministeriums.

Nachdem das Reichswehrministerium diesen Tatbestand erfahren hatte, schickte es einen Vertrauensmann zu Opel, um über diesen Auftrag genaue Feststellungen einzuholen. Dieser Vertrauensmann der Reichswehr hat nun schließlich bei Opel herausbekommen,

daß Opel an Göring persönlich gewisse Rückvergütungen aus den einzelnen Bau- raten für die 80 Motoren vorgenommen habe, und daß es sich im ganzen bis August 1933 um einen Betrag von 25.000 Mark handelte.

Die Offiziere Wahle und Schäfer von der Abwehrabteilung des Reichswehrministeriums beschloßen nun, Göring dieses Geld abzujagen. Sie teilten Göring direkt mit, daß die »Kreuz-Zeitung« durch

Die erste Liste des nationalsozialistischen »Winterhilfswerks«, die in den deutschen Zeitungen veröffentlicht wurde, verzeichnete an erster Stelle den geheimnißvollen Posten:

Ungenannt 1 Million

Der Scheerz ist streng nach dem Muster gearbeitet: »Meinen Namen werdet ihr nie erfahren, ich bin der Kaiser Josef! »Ungenannt versteckt sich nicht aus angeborener Bescheidenheit — aus angeborener Bescheidenheit wird keiner Millionär —, er unterdrückt seinen Namen nicht, um ihn zu verbergen, sondern um ihn hinterm Schleier schöner erscheinen zu lassen, als er in Wahrheit ist.

Die eingekleidete Gleichung mit einem Unbekannten ist gar nicht so schwer zu lösen. Wir wissen von dem Geheimnißvollen eine ganze Menge. Wir wissen z. B.: er ist so vielfacher Millionär, daß es auf ein paar Nußen mehr oder weniger in seiner Umgebung kaum noch ankommt. Und wir dürfen kühn behaupten: Ungenannt hätte vor dem Ausbruch des Dritten Reiches beim besten Willen (den er nicht hatte) seinen deut-

schen Mitmenschen keine Million stiften können, weil er nicht einmal genug Kleingeld besaß, um seine notdürftigsten Schulden zu bezahlen. Hier gibt also jemand einen geringen Teil dessen als Almosen zurück, was er sich zuvor vom armen Empfänger angeeignet hat.

Ein Dieb, der das kleinste Steinchen aus einem gestohlenen Brillantenhalsband an den Beraubten zurückschickte, wäre deshalb gewiß noch kein Wohltäter zu nennen. Aber hier ist die Rechnung viel komplizierter. Die Million, die in diesem Falle das Steinchen ersetzt, wurde von Ungenannt gar nicht verschenkt. Sie wurde nur zur Hebung des guten Rufes ausgeliehen. Durch tausend Kanäle wird sie um ein Vielfaches vermehrt in die Taschen des edlen Spenders zurückfließen, durch die unsauberen Kanäle der »freiwilligen Leistungen«, der Sondersteuern, der Schmierkonten, der erpreßten Buch- und Zeitungsgelder, kurz durch alle Kanäle des ganzen schwunghaften Gesinnungsbandels. Wer in knapp drei Jahren mehrfacher Millionär wird, braucht weniger Zeit, um so eine lumpige

Lücke auszufüllen. Er schenkt dem Volke einen Knopf und nimmt dafür den ganzen Anzug.

Die besagte Million des Winterhilfswerks ist übrigens nicht die einzige, die gegenwärtig »ungenannt« in der Welt herum- schwirrt. In Auslandsbanken gibt es eine ganze Menge deutsche Millionenkonten »Ungenannt«. Auch sie sind eine Art von Bumerangs, dazu bestimmt, in die Hände ihrer sehr hohen, sehr deutschen Herren zurückzukehren — allerdings erst, wenn die Herrlichkeit des Dritten Reiches in Asche gefallen ist. Dann wird auch die Winterhilfslage mit einem Unbekannten von den Konkursverwaltern endgültig gelöst werden, und es wird sich herausstellen, daß Wohltun in diesem Falle wirklich Zinsen trug. Zinsen in klingender Münze, Zinsen, von denen nicht die Objekte der Wohltätigkeit, sondern die menschenfreundlichen Spender fett und fetter wurden.

»Ungenannt 1 Million« tut gut daran, seinen Namen jetzt schon zu tarnen. Er wird eines Tages wünschen, diesen Namen nie getragen zu haben.

Judenflinten

Der Reichswehrminister Blomberg hat in Gemeinschaft mit dem Reichstatthalter Sauckel von Thüringen die Berlin-Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke (BSW) enteignet und in eine »gemeinnützige Stiftung« verwandelt. Damit ist die Hinaustragung der jüdischen Inhabersfamilie Simson beendet, die seit zwei Jahren in Gang ist. Der Vorgang ist grundsätzlich nicht neu. Seit dem Beginn der sogenannten »Gleichschaltung« in der Wirtschaft sind an allen Ecken und Enden müßelbige oder jüdische Eigentümer beraubt und verdrängt worden, eine Umschichtung der kapitalistischen Besitzverhältnisse hat stattgefunden. Eben jetzt ist die große Beranbung der jüdischen Firmen im Gange, und der Fall Suhl zeigt, wie kindlich naiv jene Kreise des Auslands gewesen sind, die nach Nürnberg geglaubt haben, daß im Dritten Reich künftig geregelte Rechtsverhältnisse für Juden bestehen würden.

Der Fall Suhl ist jedoch nicht deswegen interessant, sondern wegen der ganz besonderen Rolle, die der Reichskriegsminister Blomberg dabei spielt — als Aushängewohld der plumpten antisemitischen Demagogie. Die Herren von der Reichswehr wollen plötzlich keine Judenflinten mehr haben? Sie entdecken plötzlich, daß sie seit fünfzehn Jahren übervorteilt worden sind, sie sprechen von einem Monopolvertrag der Firma mit der Weimarer Republik, von vortragenswidrigen Uebergewinnen und niedrigen Löhnen der Arbeiter? Haben die Herren fünfzehn Jahre lang geschlafen? Sind sie blind und taub gewesen, haben sie nicht gehört, was im Hauptausschuß und im Plenum des Reichstags über diesen Fall gesagt worden ist?

Keineswegs! Sie waren nicht taub, und sie haben über diesen Fall in der Weimarer Republik das Blaue vom Himmel heruntergelogen, als sie von den Sozialdemokraten gestellt wurden, sie haben gelogen, weil sie selbst die Hände in diesem Geschäft hatten!

Sie hatten den Monopolvertrag mit den Suhler Waffenwerken. Sie wußten, daß sie die Gewehre mit einem horrenden Preis bezahlten — wie sie für alle Heeresbedürfnisse für Etat- und Rechnungszwecke erstaunliche Preise auswiesen — siehe die Höhe des Wehr- etats der Republik. Sie hatten gar keinen

eine Indiskretion aus dem Betrieb der Opelwerke erfahren habe, daß er für Motorenbestellungen Vergütungen erhalten habe. Die »Kreuz-Zeitung« werde selbstverständlich keinen Gebrauch davon machen. Aber es wäre gut, wenn sie wieder einmal subventioniert würde. Göring, der sehr fürchtete, daß solches Material in die Hände von Hugenberg, von Schleicher und anderen fallen könnte, bedankte sich. Herr Georg Seldte besuchte in der Folge den Herrn Minister Göring und erhielt von ihm eine Subvention von 25.000 Mark. Davon erhielten die Offiziere 9000 Mark, bei den Seldtes blieben 16.000 Mark.

Diese »Vergütungen« der Industrie für Rüstungsbestellungen waren durchaus üblich. So hat das Reichswehrministerium festgestellt, daß der Staatssekretär Milch von den Heinkelwerken für gewisse Dienste, die er bei Bestellungen der Lufthansa den Heinkelwerken geleistet hatte, Zug um Zug eine Vergütung von 40.000 Mark erhalten hat.

Abscheu vor den »Judenflinten«, denn das war eine jener Schiebungen, mit deren Hilfe sie ihre schwarzen Fonds spielten — unter der Vorgabe geheimer Rüstung, in Wahrheit aber zu politischen Intrigen und Subventionen. Natürlich haben sich Reichswehr und Firma, General und Jude in den Raub an dem Steuerzahler geteilt, und wir möchten gerne wissen, welche Schmiergelder dabei noch in Offiziershände geflossen sind.

Und nun spielt der Herr Reichskriegsminister General von Blomberg vor dem deutschen Volke die Heldenrolle des Vernichters der Korruption, des Rächers der armen betrogenen Reichswehr, die fünfzehn Jahre hindurch ahnungslos das Opfer jüdischer Raffgier gewesen ist, er entdeckt sein Herz für die armen, vom Juden ausgebeuteten Arbeiter. Pfui Teufel, Herr General, so tief sind Sie gesunken!

Aber sind Sie eigentlich gesunken? Die ganze Geschichte kommt uns so bekannt vor. Es ist die Nachahmung der Ahlwardtschen Judenflinten. Im Frühjahr 1892 veröffentlichte der antisemitische Reichstagsabgeordnete Ahlwardt, einer der schmutzigsten Burschen aus der Ahnengalerie der Nationalsozialisten, ein Pamphlet über die »Judenflinten« der Firma Ludwig Löwe in Berlin. Er behauptete, die Firma haben dem Kriegsministerium 425.000 völlig unbrauchbare Gewehre geliefert, teils aus Profitwut, teils um im nächsten Krieg das deutsche Heer dem Feinde auszuliefern. In wenigen Wochen erlebte das Pamphlet zwanzig Auflagen. Das Kriegsministerium erließ eine amtliche Erklärung dagegen — aber bald zeigten sich in der Presse, in der Öffentlichkeit und in den folgenden Prozessen Verlegenheiten der Firma und der Militärbehörden — nicht weil Ahlwardt recht gehabt hatte, sondern weil die Blase des militärischen Korruptionsumpfes zu platzen drohte: Uebergewinne der Rüstungsfirma auf Kosten der Steuerzahler hier und hohle Hände des Militärs dort.

Die Herren Militärs haben immer versucht, die Götter der preussisch-deutschen Spießbürger zu sein. Sie haben eine Legende geschaffen, in der sie in strahlender Reinheit, gefeit gegen Inkorrektheit und gar gegen Korruption dastehen. Sie waren es weder im Kaiserreich, noch in der Republik, noch sind sie es im Dritten Reich. Wir haben in den letzten Wochen ein wenig den Schleier von der Korruption gelüftet, die das Rüstungs- geschäft umgibt, wir haben gezeigt, wie Offiziere verstehen, hohle Hände zu machen. Und diese Leute enteignen jetzt im Namen der Sauberkeit!

Der Herr General von Blomberg weiß gar nicht, wie sehr er die Legende zerstören hilft, der das Dritte Reich neue Kraft und Herrlichkeit verleihen wollte. Er zeigt, daß er der echte Erbe der inneren Verlogenheit des Militarismus aus den Zeiten des Kaiserreichs ist. Damals immerhin distanzierten sich die Herren vom Kriegsministerium von Burschen vom Schlage Ahlwardt — heute tritt der Herr Reichskriegsminister gemeinsam mit dem Sauckel in einer schmutzigen demagogischen Posse Strolcherischer Prägung vor das Volk.

Er verläßt sich mit seinen sauberen Bundesgenossen darauf, daß es keine freie Presse und keine freie Meinung in Deutschland gibt, die ihnen die Charaktermasken vom Gesicht reißen könnte.

»Brüder in Not«

Das System schnorrt Butter in Sowjet- rußland!

Die angeblich der Unterstützung der Wolga-Deutschen dienende reichsdeutsche charitative Organisation »Brüder in Not« — in der Hitlergegenwart der übelsten Propaganda gegen die »Verbrecherregierung in Moskau« im Inland gewidmet und im Ausland als Filialbetrieb des Reichspropaganda- ministeriums des Herrn Göbbels fungierend und als solcher nur sehr schlecht drapiert — spielt zur Zeit eine etwas merkwürdige, ja geradezu erschütternd heitere Rolle. Sicherlich geht die deutsche Butter- und Fettnot dem System gegen den Strich. Aber was hilft die Propaganda schon gegen die Natur? Bei den »Brüder in Not« sind nämlich die Rollen bereits seit geraumer Zeit völlig vertauscht. Und zwar geht das so zu:

Die Vertrauensleute der reichsdeutschen Zentrale im Innern Rußlands bekommen, so berichtet uns glaubhaft ein eben aus der Sowjetunion zurückgekehrter zuverlässiger deutscher Betriebsarbeiter, jetzt massenhaft von »Spendern« und »Patronen« aus Deutschland wehmütige Briefe, ihnen doch ein wenig Butter in Postkolliis zukommen zu lassen. Da die Wolga-Deutschen meist sehr nette Leute sind, so erfüllen sie auch diese Bitten, so daß sich bereits ein lebhafter Verkehr mit edelmütig spendender russischer Butter über die Grenze entwickelt hat. Die »Brüder in Not« an die Brüder in Not...

»Brüder in Not« — man soll das Genie, das den Namen erfunden hat, sofort mit dem goldenen Parteibzeichen belohnen!

Braune Logik

In einer Bekanntmachung des bayrischen Innenministers heißt es:

»Der in der letzten Zeit um sich greifende Handel mit Butter und Schmalz außerhalb des ordentlichen Marktverkehrs beginnt zu Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung zu führen. Die Polizeibehörden haben deshalb diesen unerwünschten Vorgängen ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen... Gewissenlose Schädlinge versuchen ihre dunklen Geschäfte dadurch machen zu können, daß sie es vermeiden, die erzeugte oder vom Erzeuger aufgekaufte Ware auf den ordentlichen Handel- und Marktweg weiterzugeben. Erzeuger halten die Ware zur Erzielung von Wucherpreisen zurück, Händler versuchen auf dem Schleichhandelsweg unter Zahlung von Ueberpreisen an die Erzeuger vermehrte Quantitäten an sich zu raffen und diese zu Wucherpreisen in die Großstädte zu verschieben... Diesen Verbrechern an Volk und Staat muß das Handwerk von Grund auf gelegt werden, insbesondere, da hauptsächlich durch dieses Treiben die Knappheit entstanden ist.

Also die Knappheit ist durch den Schleichhandel entstanden — nicht etwa der Schleichhandel durch die Knappheit. Und am Hunger sind die Leute schuld, die welchen haben.

Nur immer drauf!

»Den Juden soll der Teufel holen, den Pfaffen nehme er gleich mit, was uns an Ehr' und Blut gestohlen, das holtten Papst und Pfaff und Jod...«

(Aus einem neuen »HJ«-Liederbuch »Nur immer drauf!«)

Minna Bollmann tot, Genossin Minna Bollmann, langjährige preussische Landtagsabgeordnete und Mitglied des Fraktionsvorstandes, ist freiwillig aus dem Leben geschieden.

Carl Schmitt

schafft die Menschen ab....

In der letzten Zeit war es etwas stiller um Carl Schmitt geworden, der aus einem Lobredner des jüdischen Vaters der Weimarer Verfassung, Hugo Preuß, und einem Bewunderer der bolschewistischen Jünger Hegels in Moskau sich zum führenden NS-Staatsrechtler »zeitentsprechend geläutert« hatte. Es gab Kreise, die meinten, daß alle Parteikämpfer diesem Nationalsozialisten von 1933 die Karriere zerstört hätten. Es war ja kein Geheimnis bei denen, die Carl Schmitt vor 1933 kannten, daß er den Nationalsozialismus als »organisierten Massenwahnsinn« bezeichnete, daß er seine »Verfassungslehre« 1928 seinem jüdischen gefallenen Freunde Ecker gewidmet hatte.

Aber Carl Schmitt scheint unentbehrlich zu sein. Er hat sich behauptet — allerdings hat er die Behauptung seiner Position (Staatsrat, Professor in Berlin, Fachgruppenleiter der Hochschullehrer bei den NS deutschen Juristen) mit neuen Würdelosigkeiten bezahlen müssen. So mußte er in der Deutschen Juristenzeitung vom 1. Oktober 1935 eine Lobhudelei der Nürnberger Gesetze publizieren, über deren Geschmacklosigkeit er sich sicher im Stillen am meisten lustig machen wird. So sagt er von den Gesetzen, welche u. a. den außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen Juden und Arieren und das Halten von Dienstmädchen unter 45 Jahren jüdischen Haushalten verboten: »Zum ersten Male seit vielen Jahrhunderten sind die Begriffe unserer Verfassung wieder deutsche...« — »Von ihnen aus bestimmt sich, was für uns Sittlichkeit und öffentliche Ordnung, Anstand und gute Sitten genannt werden kann.«

Aber diese Apologie der Nürnberger Gesetze schien noch ungenügend. Und so stellte, wie die Frankfurter Zeitung vom 19. November berichtet, die Fachgruppe Hochschullehrer des NS-Juristenbundes unter dem Vorsitz von Staatsrat Carl Schmitt den Antrag, den Rechtsbegriff »Mensch« zu beseitigen:

»Der Rechtsbegriff »Mensch« ... verdeckt und verfälscht die Verschiedenheiten von Volksgenossen, Reichsbürger, Ausländer, Jude usw.«

Künftig also soll es keine Menschen mehr geben — wenigstens nicht für die deutsche Rechtsprechung, wenn Carl Schmitts Vorschlag durchgeht. Die Entmenschlichung wird von Carl Schmitt somasagen juristisch sanktioniert, wobei er natürlich damit rechnet, daß ihn niemand fragt: wie kommt es, daß er vor 1933 sein wichtigstes juristisches Buch seinem Freunde Eisler widmete, der doch nach Carl Schmitt 1935 nur Jude, aber kein Mensch mehr ist, also unmöglich sein Freund sein kann; denn schließlich kann man ja nur mit Menschen befreundet sein. Der Freund von Carl Schmitt, Eisler, ist allerdings gefallen. Er wird also zu dem Treiben jenes Mannes schweigen müssen, der nicht sein Los, auf dem Feld der Ehre geliebten zu sein, geteilt hat.

Der Antrag von Carl Schmitt enthält — natürlich unfreiwillig, aber dafür besonders drastisch — zu welchen Konsequenzen die NS-Weltanschauung führen muß. Denn die Abschaffung des Rechtsbegriffes »Mensch« würde natürlich zur Aufhebung entscheidender Rechtsbegriffe — etwa Mord — führen; dieser Begriff setzt voraus, daß Mord Mord bleibt, ob es sich um einen Reichsbürger oder um einen Ausländer oder Juden handelt. Denn alle Menschen sind eben Menschen. Es gibt etwas, was sie über alle Verschiedenheiten hinaus einigt. Aber für Carl Schmitt gibt es nur Verschiedenheiten. ... Wie sagte doch noch Hitler auf dem Reichsparteitag 1933: Zwischen der höchsten und niedrigsten Menschenrasse ist ein größerer Unterschied als zwischen der niedrigsten Menschenrasse und dem höchstentwickeltesten Tier.«

Die neue Sprache

In einer Broschüre über Dichtkunst maulscholt der braune Skribent Kolbenheyer folgenden Satz:

»Die Freiheit der Kunst ist erst dann gewahrt, wenn die hohe und reinigende biologische Funktion der Kunst im Leben des Volkes möglich wird.«

So verlegen quatschen diese Burschen, wenn ihr Thema sie zwingt, auch ein paar Wörtchen über Freiheit zu sagen!

Einer

Pg. Schulze-Wechsungen, Gaupropagandaleiter und einer der engsten Mitarbeiter von Göttsche, hat 60.000 Mark unterschlagen. Das System suchte den Fall mit der Behauptung zu beschönigen, daß es sich nicht um eine wirkliche Unterschlagung handele.

Pg. Schulze-Wechsungen hat »Selbstmord durch Erschießen« verübt.

Neue Zuchthaus-Urteile

Der Justizterror gegen die Sozialdemokratie

Das Oberlandesgericht Hamburg hat am 12. Dezember 1935 eine neue Serie von Urteilen gegen Sozialdemokraten verhängt. Es wurden verurteilt:

1. Hermann Blume, Billstedt, verurteilt wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. (Beantragt waren 5 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.)
2. Wilkens, Billstedt, Verfahren eingestellt. (Beantragt waren 1 Jahr 3 Monate Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.)
3. Winkelmann, Billstedt, verurteilt wegen Vergehens gegen das Parteiverbotsgesetz zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis. (Beantragt waren 1 Jahr 9 Monate Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.)
4. Dürkop, Billstedt, verurteilt wegen Beihilfe zur Vorbereitung zum Hochverrat zu 2 Jahren Zuchthaus und 2 Jah-

ren Ehrverlust. (Beantragt waren 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust.)

5. Karl Strutz, Billstedt, verurteilt wegen Vergehens gegen das Parteiverbotsgesetz zu 2 Jahren Gefängnis. (Beantragt waren 4 Jahre Zuchthaus und 4 Jahre Ehrverlust.)
6. Ernst Blume, Billstedt, verurteilt zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis wegen Vergehens gegen das Parteiverbotsgesetz. (Beantragt waren 3 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust.)
7. Wulf, Billstedt, verurteilt wegen Vergehens gegen das Parteiverbotsgesetz zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. (Beantragt waren 2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.)
8. Krogmann, Billstedt, freigesprochen. (Beantragt waren 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.)

9. Kändler, Wandsbek, verurteilt wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 3 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust. (Beantragt waren je 4 Jahre unter Anrechnung der Untersuchungshaft.)

10. Topp, Wandsbek, verurteilt wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 2 Jahren 6 Monaten Ehrverlust. (Beantragt waren 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus.)

11. Böhnke, Wandsbek, verurteilt wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 2 Jahre 6 Monate Ehrverlust. (Beantragt waren 4 Jahre Zuchthaus.)

12. Singelmann, Wandsbek, verurteilt wegen Vergehens gegen das Parteiverbotsgesetz zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. (Beantragt waren 1 Jahr 6 Monate einbezogen bereits 8 Monate verbüßter Gefängnisshaft.)

Erwachende Deutsche?

Wir sind Deutsche, weil wir keine Nationalsozialisten sind!

Zu den niederdrückendsten und beschämendsten Erscheinungen der Gegenwart gehört das Verhalten eines großen Teils der Auslandsdeutschen den Vorgängen im Reich gegenüber. Zum Unterschied von den Deutschen im Reich haben die Auslandsdeutschen die Möglichkeit, sich objektiv zu unterrichten, und ihre Meinung ungehindert auszusprechen. Sie könnten infolge dieser günstigen Lage eine wahrhaft nationale Mission an deutschen Volke erfüllen, wenn sie ihm helfen wollten sich von seiner gegenwärtigen Regierung zu befreien. Aber der bürgerliche oder bürgerlich beeinflusste Teil des Auslandsdeutschtums ist in seiner Masse zu blind, zu träge und zu eigennützig, um den Kampf für die Rettung Deutschlands aufzunehmen, sie überlassen ihn den »vaterlandlosen« Gesellen, der marxistisch gesinnten Arbeiterschaft.

Töne, wie sie der Führer der Deutschen Christlichen Volkspartei in Polen, Dr. Edward Pant kürzlich in einer Rede in Kattowitz angeschlagen hat, wirken daher ganz neu — und wenn sie unter den bürgerlichen Deutschen außerhalb Deutschlands ein Echo fänden, könnten sie politisch bedeutsam werden. Dr. Pant führte u. a. aus:

»Alles ist in Bewegung, alles macht in Bewegung, alles will Bewegung sein. Niemand fragt und niemand weiß, wohin es geht, zu welchem Ziel diese Bewegung führen soll. Wir sehen nur, wie Deutsche sich gegenseitig bekämpfen, wie der Bürgerkampf geführt wird mit einer Zähigkeit und Leidenschaftlichkeit, die einer besseren Sache würdig wären.«

Man will den Nationalsozialismus verwirklichen und zerstört das Deutschtum.

Man will einen neuen Glauben schaffen, den deutschen Glauben, und vernichtet die geistigen und sittlichen Werte, ohne die eine Gemeinschaft nicht bestehen kann. Und an Stelle dieser Werte kommen Haß, Lüge und Brutalität. Nur wenige sind es, die die Auswirkungen des »neuen Geistes« sehen, noch geringer ist die Zahl derer, die sich über die Ursachen und Zusammenhänge dieser Auswirkungen Rechenschaft geben. Denn die Menschen haben das Denken verlernt, der richtige Gebrauch der Vernunft ist ihnen abhand gekommen. Das ist die geistige Verfassung eines großen Teils unseres Volkes und es ist deshalb nicht zu verwundern, daß auf allen Gebieten des Lebens ein gendarm-katastrophaler Niedergang zu vorzeichen ist, auch bei uns Deutschen in Polen.

Der Weg, den das gleichgeschaltete Deutschtum geht, führt in die Irre, führt zum Abgrund. Deshalb erklären wir allen Aufforderungen zum Trotz:

Wir sind Deutsche, nicht obwohl, sondern weil wir keine Nationalsozialisten sind.

Dr. Pant beschäftigte sich dann auch ausführlich mit den Verhältnissen im katholischen Lager und sagte:

Papst Pius XI hat einst der Welt und insbesondere der Weltpresse gegenüber den Vorwurf erhoben, daß sie zu der Kirchenverfolgung in Mexiko schweige. Er gebrauchte den Ausdruck »Komplotz des Schweigens«, heute können wir von dem großen

Verbrechen des Schweigens

sprechen, und zwar deshalb, weil nicht äußerliche Kreise dieser Vorwurf trifft, sondern viele, viele Katholiken selbst. Gegen Mexiko und gegen Moskau wurden feierliche Proteste und Resolutionen beschlossen und in der katholischen Presse veröffentlicht. Erstens kostete es nichts und zweitens schadet es nichts. Wo aber derartige Proteste mit greifbaren und fühlbaren Interessen kollidieren, dann zieht

man es vor zu schweigen. Wozu hat man übrigens das neue Schlagwort vom »politischen Katholizismus« erfunden? Nicht nur für die Dummen, sondern auch für die Klugen, die ein Betäubungsmittel für ihr Gewissen brauchen. Und sobald der Katholizismus mit dem Geschäft in Konflikt kommt, wird er »politisch« ist zu verwerfen, und man kann dann »mit gutem Gewissen« dem Geschäft den Vorrang geben.

Der Vorwurf, den Dr. Pant gegen die Katholiken erhebt, trifft den allergrößten Teil der nichtmarxistischen Auslandsdeutschen überhaupt. Dr. Pant ist einstweilen nur ein Prediger in der Wüste.

Auf tönerne Füßen

Das Sondergericht in Frankfurt a. M. fällt an einem Vormittag zwei Urteile, die jedes für sich ein ganzes Kapitel »Drittes Reich« erzählen.

Ein Angeklagter aus der Limburger Gegend bekam zehn Monate Gefängnis, weil er sich »in böswilliger und verächtlicher Form gegen ein Regierungsmitglied geäußert hatte«. Den Richtern erschien das Vorgehen des Angeklagten »summa verwerflicher«, als er schon vor dem Umschwung der Bewegung nahe stand. Alter Kämpfer — neuer Meckerer. Daß er einst an die Versprechungen der Führer glaubte, wirkt heute strafverhärend, und daß er, als diese Versprechungen samt und sonders gebrochen wurden, seinen Glauben verlor, scheint die Richter noch zu wundern.

Eine Frau wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie in einem Geschäft »schwerwiegende Äußerungen gegen die Winterhilfe« getan hatte. Die Richter glaubten, wie es im Gerichtsbericht heißt, »Milderungsgründe darin zu finden, daß die Angeklagte einen Herzfehler habe, sehr erregt sei und einige Tage ohne Lebensmittel gewesen wäre.« — »Einige Tage ohne Lebensmittel«, das heißt auf deutsch: diese Frau war am Verhungern. Hunger mit Gefängnis zu bestrafen, ist ein alter Tyrannentrick. Er hat sich durch die Jahrtausende noch immer furchtbar gerächt.

Der »Rufer im Dienste«

In der Zeitung »Der Deutsche Polizeibeamte« findet sich in der Nr. vom 1. Dezember eine ungeniem bezeichnende Glosse, die über die Stimmung der finanziell abgebauten und beruflich im übelsten preußischen Kasernenhofsaal gedrückten Polizeibeamten sehr viel Aufschluß gibt! Die Glosse ist in Form eines Zwiegesprächs zwischen »Korl« und »Willem«, zweier Polizeibeamten gehalten und beschäftigt sich mit einer seltsamen Neueinrichtung des polizeilichen Bürodienstes, dem sogenannten »Rufer im Dienste«. Dieser »Rufer im Dienste« hat die eminent wichtige Aufgabe, in Vertretung aller übrigen Polizeibeamten auf den »Heil Hitler«-Gruß der eintretenden Parteien zu erwidern. Da das Heil Hitler-Gemurmel in Permanenz eine anstrengende Beschäftigung ist, wird der »Rufer« nach einem genauen Plan ausgewählt und unser »Korl« kommt alle vier Tage daran... Nachdem die beiden Beamten ein wenig, aber noch sanft über diese seltsame Tätigkeit als »Rufer im Dienste« gemeckert haben, werden sie gegen Schluß der Glosse entschieden deutlicher.

»Ja, Korl,« so fragt der biedere Willem, »wie ist denn das, wenn Du mal... Essen mußst Du doch, nicht...«

»Das ist es doch eben«, meint Korl mit dem treuerzögsten Gesicht der Welt, »das ist eben noch nicht dienstlich geregelt. Und da weiß ich eben nicht...«

»Na, wenn Dir was passiert, muß es eben die Versicherung bezahlen...« meint Willem begütigend...

»Nee, nee, wat dat nich allens gibt!« meint Korl kopfschüttelnd — — —

Worauf sie beide mit verstohendem Augenblinzeln und mit einem kräftigen »Heil Hitler« voneinander Abschied nehmen...

Von den tausend Jahren des Dritten Reiches scheinen wirklich schon ziemlich viel Jährchen herum zu sein —! Pierre

Zufriedenes Volk

Die »Preußische Zeitung« schreibt:

»Schon die Antike kannte dieses alte graue Gespenst, das sie damals Frau Fama nannte... In den Nischen und Ecken drückt sich Frau Fama herum, greift aus dem Verborgenen nach neuen Opfern, denen sie mit zischelnder Gebärde ihre Kunde mittelt. Und so wird ihr Kind geboren, das Gerücht, daß sie weiter trägt von Haus zu Haus, straßauf, straßab, bis es überall durchgeschickert ist und Unfrieden und Zwietracht üppige Blüten treiben... Wer aber glaubt, daß diese Gestalt einer dichterischen Phantasie vor zwei Jahrtausenden für immer in den dunklen Hades verbannt sei, wird sich sagen lassen müssen, daß Frau Fama auch heute noch lebt. Nur mit dem Unterschied, daß sie sich heute auch die Segnungen einer Zivilisation zunutze macht, die ihrem dunklen Treiben zustatten kommen. Mit 100 PS rast sie heute durch das Land bis in die entlegensten Dörfer, ja, wir haben uns sagen lassen, daß Frau Fama sogar sich des Telefons bedient, um schneller ans Ziel zu gelangen. Auch heute wieder wipert, raunt und geifert sie in emsiger Geschäftigkeit, schürt die Lohne des Mißtrauens und Unfriedens und läßt ihr gellend-böhmisches Lachen ertönen, wenn verzagte Menschen zurückbleiben.«

Wenn wir in voller Würdigung dieses Zitates behaupten wollten, daß die Unzufriedenheit im Dritten Reich wächst, würden uns die deutschen Zeitungen wiederum ein »verlogenes Hetzblatt« nennen.

Wenn sie das vorher gesagt hätten

Eines der stärksten Agitationsargumente der Nationalsozialisten war der Hinweis auf die hohen Steuern. In ihrer Demagogie brachten sie es fertig, den Eindruck zu erwecken, als ob unter ihrer Herrschaft überhaupt keine Steuern gezahlt zu werden brauchten.

In den nahezu drei Jahren, die sie nun diktieren, haben aber die Steuern keinen Abbau erfahren. Auch in den Gemeinden nicht, wo die kleinbürgerliche und mittelständlerische Gefolgschaft zuerst eine Beseitigung erhofft hat.

In Aussicht gestellt haben sie eine Steuerermäßigung wiederholt. Nach der Beseitigung der »marxistischen Mißwirtschaft« sollte sie ganz bestimmt kommen. Wie die Nazi-Führer selbst wiederholt versichert haben, sind sie damit fertig. Aber statt des Steuerabbau kommt zur Überraschung bei Anbruch des vierten Jahres des Dritten Reiches eine Steuererhöhung. Auch in den Gemeinden! Unter denen, die gezwungen sind, infolge der kostspieligen Nazimißwirtschaft ihrer Bürger stärker zu schröpfen, befindet sich auch Hamburg. Dort wird die Bürgersteuer vom nächsten Jahre ab von 500 auf 700 Prozent des Reichszuschlages heraufgesetzt. Wenn die Nazis das vorher ihrer Gefolgschaft gesagt hätten...

Pleite im Göbbelskonzern

Presse, Funk und Film — Dichtung und Wahrheit

Vor kurzem hat der Reichspropagandaminister Dr. Göbbels einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der sogenannten Reichskulturkammer erstattet. Die Reichskulturkammer stellt praktisch einender größten Wirtschaftskonzern dar. Sie monopolisiert vor allem drei große deutsche Wirtschaftsgebiete: das Pressewesen, die Filmindustrie und die Funkwirtschaft. Göbbels sprach also gewissermaßen als Generaldirektor vor seinen Aktionären.

Presse

Er erklärte, die Gesamtauflage der deutschen Zeitungen sei vom 1. Quartal 1934 bis zum 1. Quartal 1935 von 18,7 Millionen auf 19 Millionen gestiegen. Die Zahl der Filmbesucher habe sich im letzten Jahr um 10 Prozent erhöht, und es gäbe jetzt 6,8 Millionen Rundfunkhörer gegen 4,2 Millionen zur Zeit der nationalsozialistischen Machtergreifung.

Berufen diese Angaben auf Wahrheit, oder stellen sie eine Irreführung der Öffentlichkeit dar?

Was die Angaben über das Pressewesen betrifft, so wird jeder Eingeweihte ihnen mit tiefem Mißtrauen begegnen. Nach dem Jahresbericht der Reichspostverwaltung wurden im Jahre 1934 nur 1400 Millionen Exemplare an Druckschriften gegenüber 1800 Millionen im Jahre 1933 versandt. Diese amtlich bestätigte Tatsache ist mit einer gleichzeitigen Auflagesteigerung der deutschen Zeitungen schwer zu vereinbaren. Uebrigens geht aus den Angaben der Reichspost eindeutig hervor, daß der deutsche Zeitungsleser sich im zunehmenden Maße der Auslandspresse zuwendet. Die Post beförderte im Jahre 1933 4,7 Millionen ausländische Zeitungen und Zeitschriften. Im Jahre 1934 stieg diese Zahl trotz der zahlreichen Verbote und trotz dem zunehmenden Terror gegen die Leser fremder Blätter auf 8,3 Millionen Exemplare.

Aber selbst wenn die Göbbelsschen Angaben stimmen sollten, so macht die von ihm behauptete 1,6prozentige Auflagesteigerung im Jahre 1934 keineswegs das gewaltige Pressesterben wett, das gleich nach dem Machteintritt des Nationalsozialismus eingesetzt hat. Im März 1933 erschienen insgesamt 11.300 Zeitungen und Zeitschriften in Deutschland. Im März 1934 waren es nur noch 8700; allein in Berlin waren 1½ Dutzend Tageszeitungen eingegangen. Von den am Leben gebliebenen wurden manche auf den Bruchteil ihrer alten Auflage reduziert. Selbst das alte Berliner Parteiblatt der NSDAP, der »Angriff«, litt an dauerndem Leserschwund und konnte nur durch Zusammenlegung mit der Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront, dem »Deutschen« aufrecht erhalten werden.

Film

Nach den Angaben des statistischen Reichsamtes nahm die Zahl der in den Großstädten (Städte über 100.000 Einwohner) verkauften Eintrittskarten für Filmvorführungen in der Zeit von 1932 bis 1934 um 25 Prozent ab. In den Mittelstädten nahm der Besuch in der gleichen Zeit ganz unbedeutend zu, und zwar um 4,5 Prozent. Nur in den Kleinstädten (unter 20.000) und auf dem flachen Lande erhöhte sich der Filmbesuch um die Zahl von 12,4 Prozent. Hiernach können die Behauptungen von Dr. Göbbels über eine 10prozentige Steigerung des Filmbesuches im Reichsmaßstab als widerlegt gelten.

Im Gegensatz zu Dr. Göbbels hat der Leiter des größten deutschen Filmkonzerns Dr. Hugenberg, vor kurzem auf der Generalversammlung der UFA bewegte Klage über die Notlage der deutschen Filmwirtschaft geführt. Vor allem ist der Auslandsmarkt für deutsche Filme außerordentlich zusammengeschrumpft, seitdem in deutschen Ateliers nur noch nationalsozialistisch geläuterte »Kunst« produziert werden darf. Die UFA, die noch im vorigen Jahr 4 Prozent Dividende ausgeschüttet hatte, hat in diesem Jahr keine Dividendenverteilung vorgenommen. Auch die zweitgrößte deutsche Filmgesellschaft, die »Tobis«, hat ihre Dividende herabsetzen müssen, und zwar von 5 auf 4 Prozent. Beide Gesellschaften beherrschen zusammen mehr als die Hälfte der deutschen Filmproduktion. Es wurden in Deutschland im Jahre 1934 346.000 Meter Film gedreht gegenüber 340.000 Metern im Jahre 1932. Die

vorhandenen Filmateliers wurden im Jahre 1932 zu 78,8 Prozent ausgenutzt, im Jahre 1934 zu 78,5 Prozent. Die deutsche Filmproduktion befindet sich also nach wie vor in völliger Stagnation, und dies in einer Zeit, wo z. B. die englische Filmindustrie einen außerordentlichen Aufschwung erlebt. Wahrscheinlich würde sie ihren alten Stand kaum aufrechterhalten können, wenn sie nicht durch den Staat über die eigens zu diesem Zweck gegründete Filmkreditbank außerordentliche Subventionen erhalten würde.

Funk

Die Filmindustrie und das Pressewesen befinden sich also seit langem in einer schleichenden Krise. In der Funkwirtschaft aber hat die Krise bereits einen akuten Charakter angenommen.

Die Behauptungen von Dr. Göbbels über die Steigerung der Rundfunkhörerzahl sind zwar im großen und ganzen richtig, wenn auch die von ihm gemachten konkreten Zahlangaben reichlich ungenau sind. Aber dieser Erfolg kann keineswegs auf das Konto der nationalsozialistischen Rundfunkpolitik gebucht werden. Vielmehr entspricht diese Steigerung durchaus dem

Aufschwung, den das Rundfunkwesen in den meisten europäischen Industriestaaten seit 1933 genommen hat. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer in den europäischen Industriestaaten (außer Frankreich, wo keine genauen Zahlenangaben zu erlangen waren) ergibt sich aus folgender Tabelle:

Staat	am 1. 1. 1933	am 1. 1. 1934
Deutschland	4308	6143
Belgien	340	604
Großbritannien	5263	6718
Italien	305	440
Niederlande	569	909
Schweiz	231	357
Tschechoslowakei	472	694

Man kann also sagen, daß die Steigerung der Hörerzahl nicht durch, sondern trotz der nationalsozialistischen Rundfunkpolitik erfolgt ist.

Göbbels hat in seinem Rechenschaftsbericht u. a. auch erklärt, daß der nationalsozialistische Staat von vornherein alles

Der Krach in der Radiindustrie

Wie Hitler die Wirtschaft erobert

Vor einigen Wochen hat ein Großer unter den Großen des Hitlerreiches, der Reichssendeleiter Eugen Hadamovsky eine Broschüre veröffentlicht mit den Titel »Hitler erobert die Wirtschaft«. Sie ist, wie der »Völkische Beobachter« behauptet, »eine höchst unbequeme und unerfreuliche Erscheinung für alle Kräfte der Wirtschaftsreaktion, denn ihr Zweck ist, an dem »kleinen Beispiel des Volksempfängers« für die Gesamtwirtschaft die Richtigkeit und Notwendigkeit des politischen Führungsanspruchs auf die allgemeinen Wirtschaftsplanungen aufzuzeigen. Auf Grund dieses »kleinen Beispiels« erhebt der Reichssendeleiter »Adolf Hitlers These von der zwangsläufigen Verbundenheit von Volkswirtschaft und Volkswirtschaft, das heißt von Politik und Wirtschaft, zur Grundforderung«. Nur dadurch, daß die bis dahin »bankrotte Rundfunkwirtschaft von der politischen Rundfunkführung unter einen einheitlichen politischen Willen gezwungen« wurde, hat sie sich »dank des Volksempfängers ohne jede Subvention aus eigener Kraft erholte«. Der Reichssendeleiter hätte so vorsichtig sein sollen, ein anderes »kleines Beispiel« auswählen zu lassen, um zu beweisen, daß »die Wirtschaft sich an allen Fronten erfolgreich durchsetzen kann, wenn sie die politische Initiative der Staats- und Parteiführung sich zu eigen macht«.

Der »Völkische Beobachter« nennt das Werk des Reichssendeleiters eine »wahrheitsgetreue Darstellung«. Diese Charakteristik ist für die Qualität der Ware kennzeichnend, die in Hitlerdeutschland als Wahrheit vertrieben wird. Denn als die Broschüre des Reichssendeleiters erschienen war, lagen 600.000 Rundfunkgeräte unverkäuflich in den Regalen der Fabrikanlagen und Händler, das ist fast ein Drittel der Jahresproduktion. Die Hitlerregierung hat die Funkindustrie nicht, wie der Reichssendeleiter behauptet, vom Bankrott gerettet, sondern dem Bankrott zugestiegen. Die Rundfunkindustrie ist ein Opfer der nationalsozialistischen Methode des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit geworden, der es weniger darauf ankommt, Arbeit für die Arbeitslosen zu schaffen, als für sich selbst Reklame zu machen. Die Rundfunkindustrie ist gegen ihren Willen, wie Hadamovsky selbst sagt, in ein Hetztempo der Produktionssteigerung hineingezwungen worden, das nicht erst jetzt, sondern bereits nach einem Jahr Drittes Reich sich als Ueberproduktion erwiesen hatte. Bereits im Sommer 1934 wurde die Zahl der produzierenden Firmen vermindert und die Neuerrichtung von Rundfunkgeräten und Röhren herstellenden Unternehmungen durch Verordnung verboten. Schon nach Abwicklung des Weihnachtsgeschäftes 1934 waren »unträgliche Zeichen der Sättigung des Marktes erkennbar«. Industrie und Handel beidseitig, gegen das Risiko der Absatzstockung sich durch die Errichtung eines Monopols von einzig dastehender Lückenlosigkeit zu versichern. Durch einen Vertrag der beiden Patentinhaber Telefunken und Lorenz mit dem

Verband der Funkindustrie ist der deutsche Markt hermetisch vom Ausland abgeschlossen und durch das Abkommen eine »Marktordnung« geschaffen worden, die Industrie und Handel zusammenschweißt und beiden weit über den Auslandspreis liegende Monopolpreise sichert.

Es wurde darauflos produziert. Die Produktion stieg von einer Million Apparaten 1932/1933 auf fast 2 Millionen im Geschäftsjahr 1934/1935, also um nahezu 100 Prozent. Die Rettung sollte der Volksempfänger bringen, nach dem »Völkischen Beobachter« eine Originalerfindung Hitlers. Er kostet nur 78 Mark, aber selbst der billige Preis würde nicht genügt haben, ihn unter die Leute zu bringen, wenn nicht eine riesenhafte amtliche Propaganda und sehr weitherzige Abzahlungsbedingungen nachgeholfen hätten. Der Absatz des Volksempfängers ging aber auf Kosten der teuren Apparate, mit denen auch ausländische Sender zu hören sind. Die Zunahme des Absatzes betrug in den letzten zwei Jahren 900.000 Apparate, davon entfallen 850.000 auf Volksempfänger. Aber unter »Absatz« ist nicht etwa der Verkauf an die Rundfunkhörer, sondern an den Handel zu verstehen. Die Produktion der Industrie überstieg bei weitem den Absatz an die Händler und die Vorräte der Händler bei weitem die Nachfrage der Rundfunkhörer. Im letzten Jahre hatte die Zahl der Rundfunkhörer um 900.000, die Fabrikation von Apparaten um das Doppelte zugenommen. Bereits Ende Juli war der Lagerbestand auf das Sechsfache normaler Zeiten angewachsen. Der Reichssendeleiter behauptet in seiner Broschüre »die wirtschaftlichen Miesmacher von einst« würden »den Sieg der politischen Rundfunkführung in ihren steigenden Bilanzen zu spüren« bekommen. Herr Hadamovsky erweist sich als ein umgekehrter Prophet. Die Rundfunkindustrie ist »im Zeichen Adolf Hitlers und des großen Ideengutes seiner Bewegung« zusammengebrochen. Eine Großfirma nach der anderen hat den Bankrott erklären müssen, und die Reihe der Unfälle ist noch nicht geschlossen. Zuerst fiel eine der ältesten und größten deutschen Radiofirmen, die Dr.-Georg-Seibt-A.-G. in Berlin, mit einer Schuld von mehreren Millionen, dann die Lamophonwerke Bruckner u. Stark in Nürnberg mit etwa 2½ Millionen Schulden. Vor einigen Tagen mußte die Owin-Radioapparatfabrik G. m. b. H. in Hannover »als Folge der Absatzstockung in der deutschen Radiowirtschaft ihre Tätigkeit einstellen.« Das Unternehmen beschäftigte im vorigen Jahre noch 1000 Mann, jetzt nur noch 600.

Die Ursache dieses Zusammenbruchs ist die fehlende Möglichkeit der Sättigung der Mägen und die Uebersättigung mit den Darbietungen des Reichssendeleiters. Die Bevölkerung braucht ihr Geld für lebensnotwendigere Dinge als das Rundfunkhören. Es ist kein Zufall, daß der Krach in der Rundfunkindustrie mit der Butter- und Fleischnot zusammenhängt, und es ist auch kein Zufall, daß in der Zeit, als Schallplatten im Rundfunk nicht zu hören waren, der Inlandsabsatz

getan hätte, um den hungernden Massen wenigstens geistige Werte zu vermitteln. Während sich der Nationalsozialismus um die Ernährung der Bevölkerung nicht viel gekümmert hat, hat er die »Propagandaindustrie« fast ebenso pfleglich behandelt wie die Rüstungsindustrie. Er hat es sich etwas kosten lassen, die Massen mit nationalsozialistischer Ideologie zu versorgen. Aber die Massen, die sich kein Fett kaufen können, haben auch kein Geld übrig, um in die Kinos zu gehen oder um Zeitungen und Rundfunkgeräte zu kaufen. Wer aber in Deutschland zur Not noch ein paar Mark für »kulturelle Ausgaben« erübrigen kann, der wird von der Blut- und Bodenpropaganda des Nationalsozialismus nur angewidert und spart das Geld für andere Zwecke.

Die einfachen, trockenen Zahlen, die die deutschen statistischen Stellen über das Presse-, Funk- und Filmwesen im Dritten Reich veröffentlicht, sprechen eine beredte Sprache über die wirtschaftliche und kulturelle Not in diesem Staat. Sie widerlegen authentisch das Gerede über den kulturellen Fortschritt und den wirtschaftlichen Aufstieg, das Dr. Göbbels von sich gibt.

Die Krise in der »Propagandaindustrie« ist darum mehr als eine nebensächliche Teilkrise der deutschen Wirtschaft; sie bedeutet eine schwere moralische Niederlage des braunen Regimes.

von Grammophonplatten um 20 Prozent steigen konnte. Jetzt hat man eine »Gesellschaft zum Schutze des Rundfunkmarktes« gegründet, die mit staatlichen Krediten dem Gewerbe helfen soll, seine überfüllten Lager durchzuhalten. Das war notwendig, weil die Banken die Diskontierung von Rundfunkwechseln ablehnen. Besonders die Lage der auf 34.000 reduzierten Händler ist verzweifelt, weil sie nicht mehr als durchschnittlich 2½ Apparate im Monat verkaufen. Ende Dezember läuft der Wirufavertrag ab. Es wäre also Gelegenheit zu einer allgemeinen Preisherabsetzung. Dazu will sich aber die Industrie nicht verstehen; der zweifelhafte Schutz der »Marktordnung« ist ihr immer noch sicherer als die angesichts der schrumpfenden Kaufkraft mehr als ungewisse Zunahme des Absatzes.

Die Rundfunkunternehmer vertrauen nicht darauf, daß die »Staats- und Parteiführung«, die ihnen die Pleite beschert hat, imstande ist, sie aus ihr zu retten. G. A. Frey.

Streicher abgelehnt

In Glehn bei Neuß fand kürzlich die Beisetzung eines Juden statt, der sich besonders in sozialer Beziehung große Verdienste um seine Mitbürger erworben hatte. Das Leichenbegängnis wurde zu einer Demonstration. Fast die gesamte Bevölkerung des Ortes nahm an der Beisetzung des Mannes teil. Die meist aus Katholiken bestehende Bevölkerung hatte den Ortspfarrer gebeten, den Gottesdienst auf einen früheren Termin zu verlegen, um so der gesamten Einwohnerschaft Gelegenheit zu geben, sich an der Beerdigung zu beteiligen. Der Pfarrer entsprach diesem Wunsche und setzte einen früheren Termin für den Gottesdienst an. Nachher erschien er im Trauerhause, um den Hinterbliebenen persönlich sein Beileid auszusprechen. Diese politische Demonstration am Grabe eines Juden hat allgemein größtes Aufsehen erregt und zu wütenden Protesten der antisemitischen Presse geführt. Der »Stürmer« insbesondere regt sich gewaltig auf und bezeichnet das Verhalten der Glehner als »verbrecherisch und hochverräterisch«....

Wieder ein Beweis dafür, daß die Bevölkerung mit der infamalen Hetze des braunen Regimes nichts gemein hat und, angewidert von dem viehischen Ton der Streicherschen Schandpresse, impulsiv Partei für die gehetzten jüdischen Parias ergreift.... P.

Die Bevölkerung will sie nicht!

Auf dem Jahrmärkte in Neumarkt in der Opf. kam es, wie der »Stürmer« wutschnaubend berichtet, zu Zusammenstößen zwischen den Bauern, die »mit Vorliebe in Judengeschäfte gingen« und zwei mit »Stürmer«-Werbenummern versehenen SA-Leuten, die die Landbevölkerung vom Betreten der jüdischen Geschäfte abzuhalten versuchten. Schließlich kam Polizei und nahm die Nazis unter dem Hohngeächter der Menge fest. Der Ortsbürgermeister, der »Parteilogenesse« ist, veranlaßte dann ihre Wiederfreilassung. Wie beliebt das braune Gesindel ist, bedarf nach dieser gewiß authentischen Feststellung des Streicher-Blattes wohl keines Kommentars mehr.

Heroische Weltauffassung?

Zu Rudolf Oldens Hitlerbuch

Einige allgemeine Bemerkungen über Biographien — ohne Bezugnahme auf den besondern Fall — voraus.

Die Biographie ist als Zeitkrankheit eine Begleiterscheinung des Faschismus, und wie dieser durch wirtschaftliche Verhältnisse bedingt. Der Kapitalismus befriedigt und reguliert nicht nur die materiellen, sondern auch die geistigen Bedürfnisse der Gesellschaft, und er tut es auf seine Weise nach dem Prinzip, daß kleiner Gewinn bei großem Umsatz großen Gewinn bringt. Sport und Film haben das Interesse am Persönlichen übersteigert und dazu geführt, daß auch die großen Ereignisse längst wie jüngst vergangener Zeiten durch die Brille des Kino- und Sportpublikums gesehen werden. Personen treten auf und handeln; die Masse kommt nur noch als ekstatisch erregter Zuschauer in Betracht. Die Lebensgeschichte der groß auftretenden, dramatisch handelnden Personen wird marktgängige Ware auf dem Büchermarkt.

Damit ist auch zunächst ein geistiger Kampf entschieden, der in der Jugend der Arbeiterbewegung eine große Rolle gespielt hat. Man tritt damals um die heroische Weltauffassung des englischen Historikers Carlyle. Die preußischen Geschichtsprofessoren waren mit ihm ganz einer Meinung, daß es »Männer« sind, die Geschichte machen, denn in dieser Auffassung wurzelt der Militarismus und mit ihm jede autokratische Staatsform. Die Vertreter der heroischen Weltauffassung sind die (nicht rein arischen) Großväter des nationalsozialistischen »Führergedankens«.

Die heroische Weltanschauung fand ihren schärfsten Gegner in der sozialdemokratischen Partei. Sie, die sich die Aufgabe gestellt hatte, das Persönliche in der Masse millionenfach auszuprägen und emporzuheben, mußte sich gegen eine Lehre wenden, die diese Millionen wieder zu Nullen hinter einer allein zählenden Ziffer herabdrücken wollte. Gegen den Glauben an die Heilande, Retter und Wundertäter der Weltgeschichte kämpfte niemand leidenschaftlicher als August Bebel. »Man glaubt zu schieben, und man wird geschoben«, war eines seiner Lieblingszitate. Bebel war ein Führer gegen den »Führergedanken«.

Und nun liegt binnen kurzem die zweite Hitlerbiographie auf dem Büchertisch der deutschen Emigration, Rudolf Oldens »Hitler«, der im Querido-Verlag in Amsterdam erschienen ist. Olden hat gegenüber Konrad Heiden, dessen Buch hier schon besprochen worden ist, seine Vorzüge und seine Fehler. Er ist taktvoller, weil er vom Psychologischen mehr Distanz hält, aber er ist dürftiger, weil er auf jeden Versuch verzichtet, den Fall Hitler soziologisch zu erklären.

Olden versucht es rein politisch. Er sieht in Hitler das Werkzeug, mit dessen Hilfe sich die Reichswehr von den Fesseln von Versailles befreit hat. Gewiß steckt auch in dieser Auffassung ein Stückchen Wahrheit — aber noch ehe Hitler an die Macht kam, werden die Fesseln von Versailles den Generalen schon sehr wenig Sorge bereitet haben — war doch von ihnen nicht mehr viel übrig geblieben. Aber wie Hitler den verbliebenen Rest aufhob, besah und unter dem Jubel des dankbaren Publikums zerriß — das hätte auch unter der Regie von Ernst Lubitsch nicht besser gemacht werden können. Den Offizieren wird das sehr imponiert haben, besonders den naiven, die ja sehr zahlreich sind.

In Wirklichkeit war die Reichswehr sowohl Hitler wie auch dem Problem der allgemeinen Wehrpflicht gegenüber directionslos. Groener, Seeckt und Schleicher haben den Nationalsozialismus zeitweilig erbittert bekämpft. Seeckt war auch ein Gegner der allgemeinen Wehrpflicht und Anhänger der Söldnerarmee. Andere Offiziere — zeitweilig auch Schleicher — haben den Nazismus gefördert und die allgemeine Wehrpflicht verlangt, aber den meisten dieser Konservativen ist die Kapitulation vor der Kanaille nicht leicht geworden. Sie haben an dem Unheil, das über Deutschland gekommen ist, ein gerüttelt Maß von Schuld, aber man würde sich die Sache zu leicht machen, wenn man den Offizieren etwa eine ähnliche geheimnisvoll-verderbliche Rolle zuschieben würde, wie sie nach der Meinung anderer die Juden oder die Jesuiten spielen.

Für die anonymen Kräfte des Volkslebens hat Olden nichts übrig, er kann sie bei seinen Großaufnahmen nicht einmal als

Statistiker verwenden. Gelegentlich huschen ein paar markante Figuren, wie Stresemann oder Dimitroff vorüber. Dagegen kann er mit Wels absolut nichts anfangen; das bißchen Mut, mit dem er die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz abgegeben hat, kann ihm nicht imponieren, und die phrasenlose, jeder falschen Kraftmeierei aus dem Wege gehende Sprache der Erklärung imponiert ihm erst recht nicht.

»Wir dürfen uns über die Kräfte im neuen Deutschland nicht täuschen«, schreibt Rudolf Olden. »Der Liberalismus, der politisch nie mächtig war, ist heute nahezu tot, aber auch der Sozialismus, die Kraft des Proletariats, ist gelähmt, ist paralysiert. Es wäre falsch, Hoffnungen für morgen auf die Arbeiter zu setzen.«

Das ist so richtig, daß man nicht nur nicht für morgen, sondern sogar auch für übermorgen keine Hoffnungen auf die Arbeiter setzen darf. Aber hinter dem Uebermorgen kommt auch noch ein Tag, und alles kommt darauf an, ihn vorzubereiten. Das haben diejenigen Arbeiter in Deutschland begriffen, die nur seinetwegen ins Zuchthaus gehen, die namenlosen Soldaten der deutschen Freiheit, um die sich heute niemand kümmert, vor denen die Welt aber desto vollere Wehrauchfässer schwingen

wird, wenn sie einmal gesiegt haben werden.

Wer helfen will, diesen Sieg vorzubereiten, der muß der Ideologie des »Bürgertums« zu Leibe gehen. Es nützt nicht viel, zu beweisen, daß der Führer ein Dummkopf und ein Schurke ist — wer glauben will, wird ihn doch für ein Genie und einen Heiligen halten. Erst wenn bewiesen wird, daß an diesen aufgeblähten Größen alles nur Flitter und Plunder ist, daß sie nur Puppen sind, die der Strom der großen Ereignisse vor sich her treibt, Geschobene in Wirklichkeit, so sehr sie sich bemühen, als die Schiebenden zu erscheinen, erst wenn der »Führer«, der »Duce« mit seiner großen Filmpose für das Volksbewußtsein eine ebenso komische Figur geworden sein, wie der Märchenkönig mit Bart, Krone und Purpurmantel — erst dann wird die Morgenröte einer freien Zeit hereinbrechen. Es muß hinter dem gespreizten Getue politischer Schmierenskomödianten wieder die Realität der Massenbewegung und der Klassenkämpfe sichtbar werden, um die Welt aus diesem Krampf zu lösen, sie zu Gesundheit, Ehrlichkeit, Wahrheit zu führen. Vielleicht werden dann weniger Biographien erscheinen, aber dafür wird es wieder mehr Verständnis geben für die phrasenlose, poseselose, sachlich-nüchterne und tiefmenschliche Bewegung der deutschen Sozialdemokratie.

Friedrich Stampfer.

Einmal und nicht wieder

So — philosophisch tröstlich gemeint — hat Theodor Lessing seine Lebenserinnerungen überschrieben, die jetzt als erster Band der von Frau Ada Lessing in zehn Bänden herausgegebenen »Gesammelten Schriften« Lessings im Verlag von Heinrich Mercy Sohn, Prag erschienen sind. Drei Bände sollten die Lebenserinnerungen umfassen, aber nur der erste, der die Kindheit und Jugendzeit schildert, lag abgeschlossen im Nachlaß vor; die Mörderschüsse von Marienbad haben dem Philosophen die Feder aus der unermüdbaren Hand gerissen.

Dreimal im Laufe von zwanzig Jahren hat Theodor Lessing diese Aufzeichnungen vollständig neu geschrieben und dreimal sie vernichtet, »immer in demselben selbst-

quälerischen Zweifel, nicht unpersönlich, nicht redlich genug verfahren zu können«. Das wird begreiflich angesichts der Verhältnisse im Elternhaus, die seine Kindheit trübten, eine »Strindberg-Hölle«, die er mit schonungsloser Preisgabe verborgener Qual enthüllt. Und erst recht sein späteres Leben war ruheloser Kampf eines Menschen, dem es nicht leicht gemacht worden ist und der es sich nicht leicht gemacht hat. Ueber das Persönliche hinaus sind seine Jugenderinnerungen bedeutend als fesselnder Beitrag zur Zeitgeschichte. Viele berühmte und »berühmte« Zeitgenossen haben seinen Weg gekreuzt, unter ihnen auch Hindenburg, den Lessing schon in seiner Kindheit kennen lernte. Lessings Vater praktizierte als Arzt in Hannover

Hitlers Vierjahresplan



Sylvester 1935: Wir halten durch!

1936 . . .

Die unzeitgemäße Olympiaflagge

und Hindenburg war in jüngeren Jahren sein Patient; Lessing kannte den Heros als »engen, gutmütigen, übrigens lenksamen und gar nicht auf Troue und Edelmüt gestellten Menschen mit der gradlinigen Seele eines Schwerarbeiters«, von dem niemand sich habe vorstellen können, daß er dereinst der Repräsentant Deutschlands und der Abgott des ganzen Volkes werden könnte. Die Ironie des Schicksals hat es gefügt, daß ein kritischer Aufsatz über Hindenburg Lessings entscheidendes Verhängnis geworden ist. Auch an die Peripherie des romantisch-individualistischen Kreises um Stefan George ist Lessing für einige Zeit geraten. Als die schwerste Enttäuschung seines Lebens hat er die Entfremdung und schließlich völlige und lebenslängliche Trennung empfunden, die ihm den Jugendfreund Ludwig Klages entriß; nach Jahrzehnten gemeinsamen geistigen Wachstums stößt ihn der zum antisemitischen, »arischen« Mystizismus übergegangene Klages von sich und das letzte Wort, das Lessing von ihm hört, ist eine elende und herzlose Beschimpfung. In einer dem Bande beigefügten Abhandlung hat sich Lessing 28 Jahre später mit diesem Zerwürfnis auseinandergesetzt, immer in großherziger Schonung des ehemaligen Freundes, für dessen Treulosigkeit er eine Erklärung findet, die für viele ähnliche Fälle zutreffen mag: »Er schien das Bedürfnis zu haben, alle Menschen aus seinem späteren Leben auszuschneiden, welche in den Jahren seines Werdens und seiner Unreife ihn gekannt hatten; das, was Nietzsche »die Rache am Zeugen« nennt, trieb ihn zur Unterwerfung einstiger Weggenossen. Diese psychologische Deutung wirft Licht auch auf sonst unerklärliche Rachebedürfnisse mancher Renegaten, der zum Nationalsozialismus übergelaufen ist. Interessant und für den Begriffswirrwarr in den Köpfen völkischer Tempelhüter bezeichnend ist, daß Ludwig Klages sowohl Richard Wagner, den Festmusiker Nürnberger Parteitage, als auch Stefan George, den auf den Parnas erhobenen Dichter als Juden abtat und ablehnte; Richard Wagners Musik erschien ihm im Lichte der »arischen Blutleuchte« geradezu als der Sieg des »schauspielerischen Menschen« und mithin des »Semitismus«. Lessing hat dem abtrünnigen Freunde von einst, der dann zu einem der geistigen Wegbereiter des Nationalsozialismus und zum Prediger der völkisch-antisemitischen »Vergottung des Blutes« geworden ist, wahrhaftig unverdiente Ehre erwiesen, wenn er dieser verlorenen Jugendfreundschaft sein Leben lang nachgetrauert hat. In diesem Zerwürfnis aber war das Schicksal der deutschen Juden von 1933 bis 1935 und weiterhin schon einmal symbolhaft vorweggenommen.

Lessings Jugendzeit war eine mühevoll und allmähliche Selbstbefreiung aus Verwirrungen und Konflikten, aus Sturm und Drang, ein rastloses Streben nach Klärung, aus der er seine Philosophie eigener Prägung gewann. Es war zugleich der Weg zu sozialistischer Erkenntnis, damit aber auch die Verstrickung in doppelte »Schuld«: Lessing wurde angefeindet, verfolgt, boykottiert und gehöhnt, weil er Sozialist und Jude war. Er

Die Olympiaflagge, die 1914 von Baron de Coubertin, welcher den Gedanken der olympischen Spiele neu belebte, entworfen wurde, ist inzwischen sehr unzeitgemäß geworden. Denn die fünf ineinandergreifenden Ringe, welche die durch den Olympismus geeinten fünf Kontinente symbolisieren sollen, sind ein Bekenntnis zur internationalen Zusammenarbeit der Völker, ein Bekenntnis auch zur Weltwirtschaft, zur Zivilisation und zum internationalen Fortschritt.

Die Olympiaflagge ist unzeitgemäß, weil sie über Deutschland wehen soll, das alle Verfechter des internationalen Fortschritts und der internationalen Verständigung verfolgt und durch die Verherrlichung des Autarkieprinzips die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker erschwert.

Wenn der Nationalsozialismus sich fortgesetzt gegen den Liberalismus richtet und dessen Wirtschaftsprinzipien angreift, so tut er dies gerade hinsichtlich der fortschrittlichen Seiten dieser Weltanschauung. Triumphierend stellte erst kürzlich der Nationalsozialist Alfred Rosenberg fest, daß die Weltwirtschaft nun endlich erledigt sei und das deutsche Volk sich auf sich selbst besinne. Hier bestätigt sich dieser baltische Aristokrat im Sinne wirtschaftlicher Romantik und als Sprecher der reaktionären Großgrundbesitzer und anderer Reaktionäre Deutschlands, die sich dem Fortschritt entgegenzuwenden suchen und auf Kosten der Ausbeutung aller Konsumenten ihre Existenz sichern wollen. Die Gegner dieses Strebens wurden als »Bolschewiki« diffamiert. Es ist überhaupt nicht wahr, daß die sozialistischen Arbeiter Deutschlands im Begriff waren, den Bolschewismus heraufzubeschwören. Der Bolschewismus hat in den Kreisen der industriell verwurzelten Arbeiterschaft so gut wie keinen Nährboden gefunden, weit mehr Einfluß übte er auf Erwerbslose, Kleinbürger usw. aus. Wenn die Nationalsozialisten die sozialistischen Arbeiter hielten, so einzig und allein aus dem Grunde, weil diese auf der Seite der Weltwirtschaft und der internationalen Verständigung standen. Nicht zufällig sehen die Nationalsozialisten Liberalismus und Marxismus stets als eine Einheit an. In der Tat,

hatte sein Leben und sein Wissen dem Kampf gegen die Dummheit gewidmet, um am Ende erkennen zu müssen, daß man »Dummheit, Blindheit, Neid und Haß ja doch nicht versöhnen kann« und um schließlich von einem Helden der Dummheit abgeschossen zu werden — Freiwillig, das er geworden war. Als er, nach achtzehnjähriger Lehrtätigkeit als Privatdozent von den Feinden begelert, von den Studenten seiner Heimatstadt Hannover und ihren völkischen Einpeitschern niedergebüllt, wegen der von ihm veröffentlichten Charakteristik Hindenburgs der »Fall Lessing« geworden war, schrieb er die seinen Lebenserinnerungen beigefügte Rechtfertigung »Gerichtstag über mich selbst«. Er

der »Marxismus« trat in Deutschland für die Entfaltung der Industrie und für die Aufrechterhaltung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung ein, denn in diesem Punkte sind die Interessen der Arbeiterschaft auch jene der großen Industrie. Der Nationalsozialismus ist der Gegensatz zum Symbol der Olympiaflagge.

Die von Baron Coubertin entworfene Olympiaflagge war in den Farben so gewählt, daß damals — in der Vorkriegszeit — alle Nationen in diesen Farben enthalten waren. Durch das Rot, das Gelb, das Schwarz, das Grün und das Blau — Farben, die den fünf Ringen entsprechen und sich vom weißen Grund abhoben — waren alle Nationalflaggen vertreten. Mit dem Hakenkreuz tritt eine Flagge in dieses Symbol der fünf Ringe, die alle Harmonie zerstören muß, denn sein Prinzip ist nicht die Vereinigung einer alle fünf Kontinente umfassenden Kulturwelt, sondern strikte Absonderung von allem, was nicht »arteigen« und deutschen Ursprungs ist. Selbst die christliche und katholische Religion ist dieser Nationalbeschränktheit zu weltumfassend, zu »international«. Der deutsche Chauvinismus schuf sich einen »arteigenen« Gott, um die seelische Aufrüstung, die zur »Totalen Mobilmachung« gehört, durch keinen übernationalen Religionsgedanken zu hemmen. Als im Gran-Chaco-Krieg die Soldaten beider Fronten gemeinsam die Waffen niederlegten, um ihren gemeinsamen Gott anzurufen, da schrieb der General Ludendorff in seiner Zeitschrift »Am Heiligen Quell deutscher Kraft«: seht, wie gefährlich das Christentum ist, es begeht Landesverrat, statt zu kämpfen beten die Soldaten! Dieses Beispiel stellte er in den Dienst verstärkter Kampagne für den deutschen Gottesglauben. Hieraus ist klar ersichtlich, warum das Christentum und die Katholiken verfolgt werden. Die fünf Ringe an deutschen Fahnenmasten sind ein Hohn auf den Geist der Olympiade.

Schließlich ist das Hakenkreuz als Wahrzeichen einer bestimmten Rasse gedacht. Rassehochmut und Harmonie der Kontinente — wie paßt das zusammen? Hakenkreuz und Olympiaflagge widersprechen einander. Gerade die Verfolgung der Juden beweist, wie

wenig weltbürgerliche Gesinnung das heutige Deutschland hat. Die Juden werden ja nicht ihres Blutes wegen verfolgt, sondern ihrer großen zivilisatorischen Bedeutung wegen, die sie besonders für Deutschland hatten. Deutschland kam erst später als Frankreich und England in das Stadium industrieller Entwicklung. Die fortgeschrittene Kapitalkonzentration erforderte aber größere Mittel als früher und Deutschland war durch lange Kriege usw. sehr arm. So spielte das jüdische Finanzkapital, von Fürsten und großen Staatsmännern höchst begehrt, eine große Rolle in Deutschland. Es stand im Dienste des industriellen und technischen Fortschritts und war der liberalen Gesinnung sehr zugänglich. Darum werden die Juden von allen Zivilisationsfeinden gehaßt. Sie haben »das Verbrechen« auf sich geladen, die deutsche Zivilisation gefördert zu haben, die Zivilisation wird vom Nationalsozialismus aber bewußt abgelehnt, weil diese das Mittelalter abgelöst hat, was sie tiefstens bedauern, denn die moderne Gesellschaft füllt den Reaktionen überall auf die schwachen Nerven. Die Juden werden in Deutschland verfolgt, weil sie vom Geist des Olympismus, vom Geist der modernen Weltwirtschaft, vom Geist der vereinigten Kontinente und vom Geist der Gleichheit aller Menschen, gleich welcher Rasse, erfüllt sind.

Judenverfolgungen und die fünf Ringe — wie soll da eine Harmonie zu erzielen sein? Wenn die zivilisierte Welt schon so wenig Sinn für die ihr vom Hakenkreuz her drohenden Gefahren hat, so sollte sie doch wenigstens soviel Taktgefühl aufbringen, daß sie dem heutigen Deutschland verbietet, diese Fahne zu schänden. In Stockholm 1912 hatte man ja auch noch keine olympische Flagge. Deutschland seinerseits macht jedenfalls sehr viel Lärm, wenn ein unabhängiger amerikanischer Richter sich nicht gegen die richtige Kennzeichnung der Hakenkreuzflagge wendet, die zivilisierte Welt aber läßt sich verböhnen und schänden und wehrt sich nicht dagegen, wenn die Prinzipien der olympischen Fahne gefoltert werden wie die Menschen in Deutschland, welche die Sache der Zivilisation, der Freiheit und des Friedens vertreten.

diese Menschen deutsche Menschen sind, was verliere ich an den deutschen Menschen? Und wenn das, was man mir antut, deutsch ist, wie kann es da für mich ehrenvoll sein, Deutscher zu heißen?«

Wort für Wort ist seine Prophezeiung eingetroffen. Und wie ein Vermächtnis klingen seine Sätze aus einem früheren Tagebuch über sein Grab hinaus fort: »Ich werde wandern müssen auf allen Straßen der Welt... Ich möchte die Stimme werden für die Bedrängten und Unbekannten, die Verachteten und Versmähten. Ein Kampfmensch, der nicht fragt: Was tut mir not? Sondern: Wem bin ich nötig?« eh.

Kurt Doberer:

Deutschland 1936

Wir gehen in Nacht und Finsterniß,
in Kerker, Not und Tod.
Doch ist uns schon der Tag gewiß,
Der Tag, nach Qual und Kümmernis
steht uns im Morgenrot.

Wir schütteln ohne Unterlaß,
der Kerker Tür und Tor.
Die Gitter schmelzen wir mit Haß,
Und flammt der Zorn ins Pulverfaß,
dann stürzen wir hervor.

Noch schreit nicht der Trompetenstoß
und ruft uns alle Mann.
Noch steht wie Stein der Lehmkeißel,
Wie Marmor steht der Erdenkeißel
und hält den Zauberring.

Ein Zauber hält in dunklem Kreis
gebaut noch Tag und Licht.
Kein Spruch hilft und kein dreifach Reis,
Geduld und Mut, das ist der Preis,
der Bann und Zauber bricht.

Von Mund zu Mund, von Haus zu Haus,
so wird das Werk getan.
So stehn wir fest und halten aus,
Ruft Kampfalarm uns dann heraus,
dann treten alle aus.

Heimkehrer

Er ging nicht etwa leichten Herzens aus der Heimat fort, aber er wußte, es war eine höhere Gewalt, die ihn zwang; das Vaterland duldet ihn nicht mehr.

Als er das fremde Land erreicht hatte, wollte er sich einreden, hier sei die Freiheit. Doch die Illusion hielt nicht lange vor. Er schlug sich recht und schlecht durch und litt keinen Hunger. Das Leben jedoch besteht nicht nur aus Essen und Trinken. Er träumte von den Wäldern daheim, von den grünen Wiesen, über die ihn schon frühzeitig die Mutter geführt hatte. Die neue Erde blieb ihm fremd. Er schlief schlecht, er magerte ab. Träume quälten ihn, gaukelten ihm bekannte Fluren vor, vertraute Gefährten erschienen ihm in marternden Visionen des Heimwehs.

Was gibt es da noch zu reden: er hielt es nicht lange aus. Eines Nachts suchte er den Weg nach Hause. Aus dem Nebel tauchten ab und zu bewaffnete Menschen auf, er umging sie in weitem Bogen. In langen, langen Märschen erreichte er die Heimat und sog ihre Luft in tiefen Zügen. Eine Frau sah den Abgehetzten auf dem Felde, blieb stehen und sagte: »Mach dich dünne, du wirst hier gejagt!« Er antwortete nicht, zog im Bogen davon und dachte: »Hier bin ich geboren, hier bleibe ich. Wenn ich in der Heimat kein Lebensrecht habe, wo dann sonst?«

Und er wurde gejagt. Mit Gewehren und Geschrei. Floh über die Wiesen, in den heimischen Wald hinein, in dem er schon als Kind gespielt. ... Es knallte zweimal, den

letzten Schuß hörte er nicht mehr. Sein Blut rötete die mütterliche Erde.

Die Naziblätter brachten gefühlvolle Nachrufe. »Ein Opfer des Heimwehs.« — »Der Ruf seiner Scholle.« — »Tragisches Ende eines Hasen.«

Eines Hasen? Jawohl, lieber Leser, eines Hasen. Denn wäre es ein Mensch gewesen, auf der Flucht erschossen — wie käme eine Nazipresse da zu menschlichen Gefühlen? Mit rührenden Kommentaren aber geht durch die Hitlerpresse das Schicksal dieses ungarischen Hasen, der in Deutschland zur Aufzucht des Wildbestandes mit einer Marke im Ohr ausgesetzt wurde und wieder nach Ungarn entwich, wo er dieser Tage bei einer Treibjagd erschossen und an der Messingmarke erkannt wurde.

Die deutsche Jägerzeitung wird à la Nazipresse die Heimattreue des Toten rühmen und irgend ein Oberjägermeister wird es irgendwo am reich gedeckten Weihnachtstisch seiner Frau vorlesen, wird sich schneuzen und sagen: »Siehst Du, Emmelchen,« wird er sagen, »Blut und Boden sind kein leerer Wahn. Es zog ihn wieder in die Heimat, darum schlug er sich tapfer durch drei Länder. Sind sie nicht rührend, diese Tiere? Habe ich Recht, wenn ich energisch über ihren Wohl wache? (Auf den Tisch dreschend): Künftig muß der Tierschutz noch drakonischer gehandhabt werden!«

Denn wo Barbarei und Rohheit bestialisch über unzählige Leichen gehen, wo Menschen mißhandelt und erschlagen werden, die von Heimatliebe wieder nach Hause getrieben werden, da sucht sich der Stedius ein Gemütskribi und innere Entlastung bei der stum-

men Kreatur. Der vielfache Raubmörder Sternickel war ein prämiertes Taubenfächter und fütterte nach seinem letzten Mord erst die Kühe und Pferde, ehe er entfloh. K. R.

Der Kitschwart

Das ist nicht etwa ein neues Schimpfwort für Göbbels, sondern der Kitschwart soll erst geschaffen werden. Dr. Ley hat ihn auf einer Tagung in Leipzig angekündigt. Laut Bericht der Nazipresse hat er dort erklärt:

»Man müsse auch den alten Plunder und Kitsch aus den Wohnungen hinausschaffen. Wir würden in Kürze in jedem Haus Hauswarte haben, die den Leuten sagen würden, daß sie die alten Plüschsofas aus den Wohnungen entfernen und die Wohnungen so schön und hell wie nur möglich machen müßten.«

Das mag ja für die braunen Umsturzgewinnler nicht schwer sein und ihre pompösen Villen beweisen, daß sie auf alten Hausrat allerdings nicht mehr angewiesen sind. Das meint wohl auch die DAZ, wenn sie zu der Nachricht schreibt:

»Aber im allgemeinen werden ja alte Plüschsofas nur noch von denjenigen behalten, die sich bisher neue Möbel nicht leisten konnten. Und wenn man die von Dr. Ley angeregten Instanzen bereits »Kitsch-Hauswarte« genannt hat, so ist wohl nicht daran gedacht, daß etwa die Portiers mit einem solchen Auftrag durch die Wohnungen gehen sollen.«

Der Auftrag wird sogar weiter gehen. Man will endlich einen Vorwand schaffen, das Privatleben noch mehr als bisher und ganz offiziell zu beschneiteln. Der Kitschwart soll die Wohnung braun anstreichen und mit dem braunen Unrat jener Partei versehen.

Der „Große Brockhaus“ - gleichgeschaltet

Von deutscher Wissenschaft zu brauner Demagogie

Folgendes hat sich jetzt in Polen zuge- tragen: Ein jüdischer Arzt in Warschau hatte das bekannte deutsche Konversationslexikon »Der Große Brockhaus«, das etwa seit der Marktstabilisierung in einer Neuauflage herausgekommen ist und den Bestellern so zugänglich gemacht wurde, wie die einzelnen Bände — im ganzen 20 — jeweils in regelmäßigen Fristen erschienen, abbestellt und den letzten Band nach Leipzig zurückgeschickt mit der Begründung, er habe ein wissenschaftliches Werk, aber keinen tendenziösen Schmöcker vom Verlag zu fordern. Unter der Gleichschaltung ist vor allem der vorletzte und letzte Band schon im Jahre 1934, der letzte erst jetzt im Jahre 1935 erschienen. Der Verlag Brockhaus klagte darauf in Warschau auf Einhaltung des Vertrages. Die Klage wurde von dem polnischen Gericht abgewiesen, das sich die Begründung des Beklagten ganz zu eigen gemacht hatte...

Von je drei — wie man schon so sagt — gebildeten Deutschen besitzen, sicherlich je zwei ihren »Brockhaus«. Neben dem nicht ganz so bekannten »Meyers Konversationslexikon« ist der »Große Brockhaus« ohne Zweifel eine höchst solide und achtenswerte Leistung deutschen Geistes, an der Generationen mitgebaut haben. Wenigstens war er es!

Nun hat sich die Hitlers natürlich auch durch die Privatkontore und Redaktionsstuben des Brockhaus-Verlages wie eine Woge schmutzigen und stinkenden Aufschwammers gewälzt. Die Straße frei den braunen Bataillonen — das galt auch für die Straße des Geistes. Zu den allerpeinlichsten Opfern der Gleichschaltung gehört auf jeden Fall der alte »Große Brockhaus«. Man benötigt schon eine Portion mutiger Selbstaufopferung, um im letzten Band dieses beliebten und ehrwürdigen Zeugen einer einst stolzen deutschen Geisteskultur einen Augenblick zu blättern, Stichproben zu nehmen und sich von Fall zu Fall zu überzeugen, wie man hier den deutschen Geist schänden und das deutsche Hirn — unter der Gleichschaltung — schinden durfte! Ein paar Beispiele gefällig?

Unter dem Suchwort »Weltkrieg« darf man folgendes zur Kenntnis nehmen:
»Während Amerikaner und Engländer durch die Anpreisung demokratischer und pazifistischer Ideale auf das deutsche Volk einwirkten, blieben die Franzosen ihrer alten Methode treu, die Deutschen durch ihre eigenen Landstroläucher zu bekämpfen. Es gelang ihnen vor allem, Bundesgenossen im Kreise pazifistischer Literaten zu finden, die sich zum Teil in der Schweiz zusammenfanden.«

Ist etwa gar Herr Ludendorff oder Herr Blomberg der Verfasser dieser leichtvollen Feststellung? Nur freilich, hinter dem Suchwort »Wilhelm«, Friedrich, von, großer Kurfürst, Brandenburg — jenes Friedrich Wilhelm nämlich, der das Elsaß an die Weischen geraten ließ und als deutscher Potentat französische Bestechungsgelder gegen den deutschen Kaiser nahm, liest man dieses Ge-

neralurteil nicht, so trefflich und historisch richtig es hier platziert wäre.

Überhaupt ist das hinter dem Stichwort »Weltkrieg« im Brockhaus eine wahrhaft unerschöpfbare Schutthalde brauner Geschichtswissenschaft! Da heißt es weiter:

»Während in der Heimat die Umsturz- bewegung sich immer weiter ausbreitete, kämpfte die O. H. L. verzweifelt um die Milderung der Waffenstillstandsbedingungen.«

Wir erinnern uns freilich eines gewissen ganz zivilisierten Deutschen namens Erzberger — und glücklicherweise hat ihn der braune Gedächtnisfreund dieses Schreibers rechtzeitig dafür erschossen — der in einer Anwendung von naivem Patriotismus grade für die O. H. L., die es von Anstands wegen selbst hätte tun müssen, aber viel lieber in den Kainos zurückließ, den schweren Gang in den Wald von Compiègne tat und schon nach zwei Tagen allerdings »verzweifelte« Kampfes, den nur grade nicht die O. H. L. führte, das Telegramm Hindenburgs in der Aktentasche hatte: wenn nichts zu erreichen wäre, dann doch auf jeden Fall und um jeden Preis abzuschließen. Jetzt tut der gleichgeschaltete Brockhaus-Mann — und er muß es tun, will er das Konzentrationslager vermeiden — als wenn ausgerechnet damals die rotbestreiften Alliierten des Putschisten Hitler die strahlenden Sankt Michael des deutschen Volkes in seiner schwersten Stunde gewesen wären.

Oder auch:
»Als Joffe schließlich am 5. November 1918 ausgewiesen wurde, war sein Werk vollendet; vier Tage später brach in Berlin die Revolution tatsächlich aus.«

»Tatsächlich« — ja, das ist es! Ohne Joffe und seine tartarische Arglist hätten wir natürlich den Krieg gewonnen, weil es nie eine deutsche Revolution gegeben hätte und wohl heute noch Wilhelm die kommandierenden Generale beim großen Neujahrsempfang mustern würde. Gott, so einfach vollzieht sich so eine Revolutionsgeschichte, die ein ganzes Volk gegen seinen Willen drei Meter davor vom Endsieg zurückdrückt! Wer's nämlich nicht glaubt, wird erschossen!

Eingermessen heiter spukt der braune Poltergeist in diesem Konversationslexikon neuester Auflage. Unter »Weimar« liest man staunend:

»In Weimar tagte 1919 die Weimarer Nationalversammlung. Am 3. und 4. Juli 1926 wurde in Weimar der zweite Reichsparteitag der NSDAP abgehalten.«

Jedem Weltereignis geschehe nach Gebühr: dem ersten mit genau sieben, dem zweiten mit genau fünfzehn Wörtern!

Am heitersten freilich wird es, wenn sich irgendwo in Erinnerung an frühere bessere deutsche Zeiten ein Begriffswort bis in die heutige braune Gegenwart erhalten hat. So heißt es über »Wahlfreiheit«:

»Der Grundsatz, daß durch die öffentliche Gewalt in keiner Weise in die Frei-

heit der Wähler nach ihrer Ueberzeugung abzustimmen, eingegriffen werden darf. Die Wahlfreiheit ist durch Artikel 123, 136 der Verfassung von 1919 gewährleistet und strafrechtlich geschützt.«

Stehet Danzig! Aber das steht leider nicht da! Schlimmer scheint es uns allerdings für diesen Fall von Staatsgefährlichkeit damit zu liegen, daß der Verfasser noch immer von der »Verfassung von 1919«, dem fluchbeladenen liberalistischen und marxistischen Ding, spricht, und nicht vom »Willen des Führers«. Hier dürfte, ohne daß wir grade denunzieren wollen, freilich nur Dachau noch heifen können.

Geradezu feenhaft schön aber wird es in diesem Wälzer mit deutscher Wissenschaft, wenn dessen eigener Hauggeist und der einkommandierte Nazi-Poltergeist, jetzt beisammenhockend, wie es nun einmal nötig ist, offensichtlich über gar zu blöde Grimassen des letzteren in Streit geraten. Beim Stichwort »Zins« wird vorn alles Wissenswerte weitläufig vermerkt, wieso dieses Ding ein volkswirtschaftlich notwendiger Bestandteil der Kapitalwirtschaft ist. Auch die verschiedenen Zinstheorien der nationalökonomischen Schulen werden sehr gewissenhaft registriert. Hopla! Aber da kommt plötzlich der gräßliche Begriff der »Zinsknechtschaft« dazwischen in die gemütliche Unterhaltung; und irgend etwas muß geschehen, weil es ja das Steckenpferd des Führers ist und weil nun einmal die nationalsozialistische Revolution auch vor Pallas Athene und den Muses legitimiert sein will. Nun, in einem so scheußlichen Falle hilft sich die deutsche Wissenschaft mit möglichst viel Gänsefüßchen, die eben auf anderer Leute Verantwortung für dungeleisteten Bockmist weise und bescheiden hindeuten. Und das sieht dann so aus:

»Die nationalsozialistische Wirtschaftsauffassung hat von vornherein die mit dem Zinsnehmen verbundenen Mißstände in den Mittelpunkt ihrer Kritik an der heutigen Wirtschaftsordnung gestellt. Sie lehnt dabei nicht den Zins an sich ab, wohl aber »die Zinsknechtschaft«, d. h. eine »maßlose Verschuldung gegenüber dem Finanz- und Leihkapital«, bei der »das arbeits- und mühevolle Einkommen aus reinem Geldbesitz über den Ertrag der Arbeit triumphiert. Der ausdrücklich als »Herzstück des Nationalsozialismus« bezeichnete Punkt 11 des Programms der NSDAP fordert dementsprechend »Abschaffung des arbeits- und mühevollen Einkommens, Brechung der Zinsherrschafft.«

Also stolzisiert die intellektuelle Impotenz in ganzen Schwadronen von Gänsefüßchen daher! Soll heißen: den jämmerlichen Quatsch von dieser »Brechung der Zinsknechtschaft« und einer Verschuldung, die zwar nicht »maßlos«, aber dann doch wohl maßvoll sein darf, mag ruhig das Genie des Führers selbst verantworten. Im übrigen fehlt hier gerade die Hauptsache: Daß nämlich der Vater jenes nationalsozialistischen »Horstlückes« Herr

Feder, dermaßen bereits in die Vergessenheit und das politische Nirwana untergetaucht ist, daß man sich gerade noch schwach daran erinnert, daß es diesen ersten Experten brauner Sozial- und Finanzwissenschaft einmal, zuletzt in der Uniform eines leibhaftigen Reichsstaatssekretärs, gegeben hat.

Herrlich sind auch braune biographische Lichter, die durch den gleichgeschalteten »Großen Brockhaus« flimmern. »Wilhelm der Zweite« ist ein Mann, der vor allem »mehrere für die Zeit wirksame Wendungen geprägt hat, wie »Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser«, »Völker Europas, wahrt Eure heiligsten Güter!« »Ich kenne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche«... Er kommt also gar nicht so schlecht weg, unser Wilhelm, wie man historisierender Weise annehmen könnte! Aber dafür natürlich »Wilson, Woodrow« —? Bei diesem Scheinmal ist es ganz »falsch«, ihn angesichts seiner Selbstgerechtigkeit, seines Mangels an Aufrichtigkeit, seines persönlichen Ehrgeizes, seiner gegen parteipolitische Gegner angewandten Methoden einen Idealisten zu nennen... Neblich!

Als der erste der gleichgeschalteten »Brockhäuser« erschien — es war der Band mit dem Buchstaben R, und zwar erschien er drei Monate vor dem Leipziger Reichstagsbrandprozeß — war in ihm unter »Reichstag« bereits, Gerichtsartdel ebenso wie Weltgeschichte vorwegnehmend, klipp und klar zu lesen, daß jenen natürlich die Kommunisten angezündet hätten! Ja, so hat es der »Brockhaus« jetzt mit der Wissenschaft zu tun! In seinem letzten Band mit den Buchstaben U bis Z aber darf sich der vor Ehrfurcht erschauernde Leser auf einer farbigen Uniformtafel davon überzeugen, wie hinter einem »höheren Postbeamten« (Fig. 9) oder einem »Zollsekretär im Dienst« (Fig. 13) ein »Brigadeführer der SA« (Fig. 18), ein Blockleiter im Braunhemd« (Fig. 20) oder gar »ein Hitlerjunge« (Fig. 22) aussieht. Diese kolorierte Seite darf natürlich nur unter dem Gesang des Horst-Wesselliedes aufgeschlagen werden...

Aber Spaß beiseite! Das war nun alles einmal ein Stück deutscher Geltung in der Welt... F. E. Roth.

Pastor und Metzger

In der »Neuen Literatur« schreibt ein Kritiker über einen Roman »Die Metzgerpost«:

»Ein wesentlich deutsches Buch ist diese Geschichte des Tübinger Pastorenbuben Gustav Nabholz, der mit Standesüberlieferung und Gelehrsamkeit bricht und das männliche, ehrenhafte Metzgerhandwerk erlernt.«

Die Metzger sollten sich dagegen wehren, daß im braunen Lager das Schlächtermesser zum Bibelersatz gemacht wird.

Man hütert

»Annonce im »Stürmer«: Jüdisches Padelboot rammt deutschen Panzerkreuzer.

die aus Kitzsch entstanden ist und die Deutschland in einer Weise verächtlich hat, wie nie eine Bewegung vorher. »Was haben Sie denn da für'n Bild an der Wand? Was?« Die Freiheit führt das Volk...« Das muß weg, das ist Plunder. Und Hitler hängt auch noch nicht an der Wand? Und die Büste dort auf dem Vertiko — sieht die sich recht jüdisch aus? Dante, sagen Sie? Wer ist'n das? Schlageter oder Horst Wessel oder unsere beneidete Hakenkreuzplastik gehört dorthin... Ich beschaffe Ihnen mit zehn Prozent Rabatt, nicht... Und die Bücher! Heine, Her... Herwegh, Freiligrath, lauter soene Demokraten, hab ich mir segn lassen. Und unsere Bibel »Mein Kampf« fehlt auch! Mensch, wollen sie sich unglücklich machen...«

So ähnlich wirds verlaufen. Schmücke Dein Heim, wie es der Kitzschwart befiehlt. Traute Heim, Glück allein. Deutsch sein heißt bis ins Schlafzimmer ein Dutzend Schnüffelinstanzen über sich zu haben.

Lieber in Prag...

In der Nazi-Pressen wird ein Studenten-Roman empfohlen, dessen Inhalt also umschrieben wird:

»Der Schauplatz des Romans ist Prag. Wer einmal in dieser Stadt war, wird nicht mehr von ihr freigegeben. Der Geist des Deutschtums, welcher unter Karl IV. der Stadt das Antlitz gab, ruht und spinnst sich über das Leben und Treiben. Und im scharfen Gegensatz dazu der Chauvinismus des tschechischen Volkes. Freud und Leid tschechischen Volkes. Freud und Leid tschechischen Deutschen an diese Stadt. Gleich binden den Deutschen an diese Stadt. Die Sudetendeutschen fühlen es in aller Schwere. Wirtschaftlich werden sie verachtet, geistig geknebelt. Der Verfasser öffnet dies Schicksal in dem Leben einiger Studenten, die sich »einer Gemeinschaft

zusammengeschlossen, um in ihr deutsch zu leben.«

Das ist zweifellos ein verkapptes Meckererbuch. Warum studieren diese jungen Deutschen nicht in Deutschland? Weiß sie wissen, daß rings um die Grenzen des Dritten Reiches Deutsche sitzen, die außerhalb dieser Grenzen ungleich ungehinderter deutsch reden dürfen, als gegenwärtig im Mutterland. Sie gehen nach Prag, um dort »deutsch zu leben...« Treffender hätten wir's auch nicht pointieren können.

Der neue Starrummel

Das Dritte Reich hat keine Filmstars, also müssen sie auf amerikanische Art gemacht werden. 50-Pfennig-Hefte erscheinen, auf denen der Liebreiz der braunen Mittelmäßigkeiten besungen, ihre Privatangelegenheiten breit ausgemäht und ihr deutsches Seelenleben kitschig ausgebreitet wird. Die »Literatur« (Stuttgart) wendet sich dagegen, daß der neue Kinoheld auf diese Weise auch zum nationalen Heroen empor geschmiert werde und schreibt:

Vor einiger Zeit ist ein Büchlein: »Viktor de Kowa« — Die Geschichte eines Aufstiegs erschienen. In diesem Büchlein finden wir alles, was wir in solchen Büchern erwarten können. Wir finden den Satz: »Ein Liebhaber, wie ihn jede Frau wünscht und ihn jedes junge Mädchen erträumt.« Bedenklicher stimmt schon die Feststellung des Verfassers: »Wenn ich über Viktor de Kowa schreibe, dann muß ich über dieses Deutschland schreiben.« Und im letzten Kapitel steht wörtlich: »In diesem Sinne hat Viktor »Glück« gehabt. So wie etwa der geniale König Friedrich in seinem

unglücklichsten Kriege, der sieben endlose Jahre dauerte — Glück hatte.« — »So steht heute seine filmgeschichtliche Bedeutung schon fest!... Ein Schrittmacher des Friedens, ein Missionär der Verständigung... auch er Bringer und Bote eines neuen deutschen Lebensgefühls...«

Und diese Schwarte ist durch Göbbels Zensur gegangen! Muß das eine Pleite in den Kinokassen sein, daß man es mit solchen Schmöckerelien versucht! — Die »Literatur« will gegen Viktor de Kowa — ein herzlich unbedeutender Spieler — nicht viel sagen, aber sie gibt zu bedenken, wer dann alles zum »goldenen Ideal der neuen Zeit« wird. Jedoch, wenn sich die braunen Oberbunzen dazu rechnen, warum nicht auch verschmierte Film-Mimen? Das schmalzigste Theater haben sie ja erst vom »Führer« gelernt.

Neue Bücher

In der Wildhorngruppe der Walliser Alpen ereignete sich im Juni 1749 ein gewaltiger Bergsturz; er begrub unter sich Berg- hütten, Hirten und Vieh. Derborence heißt der Unglücksessel. Der Schweizer Dichter C. F. Ramuz schildert diese Revolution der Berge in einer Erzählung »Bergsturz auf Derborence« (Büchergilde Gutenberg). Einer der Verschütteten kommt wieder ans Licht — das ist die ganze Handlung des starken Buches. Mit weichen Mitteln die Spannung durchgehalten wird, wie der Verschüttete wieder zum Licht zurück findet, wie er sein Dorf anstrift, das ist von derselben Wucht wie die Bergwelt ringsum. Da leben die Gräser, da fühlt man den Bergwind um die Stirn, da sprechen die Menschen aus ihrer Natur, da leben die Steine ihr vielfält-

tiges Leben. Hier ist alles große »Heimat- kunst«, weil nichts verniedlicht oder heroisiert, nichts verfälscht oder romantisiert wird, weil die Steine reden, wenn die Menschen schweigen und diese Sprache unverborgten aus dieser Erde erwächst. Dieses Buch ist ein meisterhaftes, ewig gültiges Beispiel dafür, wie stark und universell Schönlendigung sein kann, wenn sie frei von Provinzialpatriotismus und völkischem Geschleite ist.

Im Verlag Oprecht hat Otto Keille einen neuen Band Gedichte erscheinen lassen: »Der Wanderer im Zwielichte«. Man freut sich, wiederum einmal aus unseren Reihen zu begegnen, der zu den sozialen Lyrikern der Vorkriegszeit gehörte. Auch in diesem Bande sucht er sich vom Tage zu distanzieren; es sind keine »aktuellen« Gedichte, sondern ein politischer Kämpfer macht in dem Zwielicht von Heute und Morgen, von Gegenwart und Zukunft eine beständige innere Inventur und sucht Kraft in ewigen Werten. Wie jeder Streiter der Freiheit fühlt er im Blute »die Sonne, die nicht untergeht«:

Und fühl mich eins mit jener Glut,
Die noch in tausend Herzen springt,
Die über Qual und Dunkel hell
Der Welt die Kreuzerlösung singt.

Er beschwört die Erinnerungen der Kindheit, um daran Leid und Wirral unserer Tage zu messen. Seine Verse stammen aus der Sehnsucht nach dem Unzerstörbaren, aus dem Glauben an Wahrheit, Schönheit, Reinheit der Natur, Kraft menschlicher Solidarität. Im verdämmerten Hintergrund des Titelblattes wird das Märtyrerkreuz sichtbar; in diesem Zeichen steht das Buch.

Das Arbeitsrecht der Despotie

Arbeitsgerichte gegen die Arbeiter

Vom sozialen Arbeitsrecht der Republik sind kaum einige Ruinen verblieben. Was die Gesetzgebung Hitlers an Resten belassen hatte, ist inzwischen von der Rechtsprechung der Arbeitsgerichte weggefragt worden. Die Arbeitsgerichte die einst für die Arbeiter und Angestellten eine Wohltat waren, sind zur Plage geworden. Wie restlos sich »die nationalsozialistischen Gedanken« in der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichtes in 2½ Jahren durchgesetzt haben, wird jetzt in einer Uebersicht der Zeitschrift »Deutsches Arbeitsrecht« aufgezeigt. Vom ursprünglichen Zweck eines Rechtsschutzes des Arbeiters durch die Arbeitsgerichte ist nicht mehr die Rede. Der Zweck, Dienstvertragsstreitigkeiten zwischen den Parteien des Arbeitsvertrages zu entscheiden ist aufgehoben. Das Reichsarbeitsgericht kennt keine Parteien mehr, mit dem Durchbruch des Nationalsozialismus in der Arbeitsgerichtsbarkeit gibt es in der kapitalistischen Wirtschaft nur noch »das Leben der arbeitenden Gemeinschaften.«

»Das RAG ist berufen darauf hinzuwirken, daß bei der Auslegung des Gesetzes dem durch die Staatsveränderung eingetretenen Wandel der Lebens- und Rechtsanschauung Rechnung getragen wird.«

In der gesammelten Spruchpraxis von etwa 400 Entscheidungen prinzipieller Art ist zunächst das ganze Gebiet der Kündigungswiderrufsklagen gänzlich vom Rechtszug der Revision am Reichsarbeitsgericht ausgenommen. Die soziale Ehrergerichtigkeit ist Sondergerichten übertragen, in denen die Partei diktiert. Im übrigen werden die Einzelstreitigkeiten »nicht mehr, wie früher in rechtshaberischen Parteienstreit vor dem Gericht ausgefochten.« Sie werden

»notfalls unter dem Zepher des Treuhänders der Arbeit unter Mitwirkung seiner getreuen Helferinnen der DAF in schiedlich-friedlicher Weise geschlichtet.«

Der sachliche Zuständigkeitsbereich der Arbeitsgerichtsbarkeit ließ somit dem RAG nur eine magere Ausbeute nationalsozialistischer Gedankengüter zu, immerhin noch genug, um seine arbeiterfeindliche Parteilichkeit beweisen zu können.

Da steht im Mittelpunkt des »Rechtsgedankens der Volksgesamtheit« der Satz: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Die Belange des einzelnen Arbeiters müssen hinter denen der Volksgesamtheit zurücktreten. Das RAG hat z. B. einen Verstoß gegen die guten Sitten darin gesehen, daß Angestellte sich bei dem Naziumschiß zur Neubesetzung der Inhaber- und Vorgesetztenstellen mit alten Kämpfern vorher »Sonderprivilegien durch längere Unkündbarkeit« sichern wollten. Nach dem früheren Recht konnte sich der Arbeitnehmer einen Teil seines Arbeitseinkommens für den Unterhalt der Familie sichern und durch Vertrag dem Zugriff der Gläubiger entziehen. Dieser »Lohnschleibungsvertrag« ist jetzt unmöglich gemacht.

»In das Zusammenleben und Zusammenarbeiten in der Familie (der Keimzelle der Volkskraft) darf nicht ohne Not der geschäftliche Gesichtspunkt des Lohnanspruchs hineingetragen werden.«

Dieser geschäftliche Gesichtspunkt gilt natürlich nur für Lohnansprüche, nicht etwa für Einkommen und Vermögen der Landwirte, die vom Staat einen gegen Ansprüche der Gläubiger undurchdringlichen Schutz des Schuldners gewährleistet erhalten. Die sittliche Wertung der Arbeit im Nationalsozialismus hat das RAG gleichfalls sich zu eigen gemacht. Arbeit ist Ehre, das gilt auch für die Auslegung des Schwerbeschädigtengesetzes. Sein vornehmster Zweck ist nicht mehr die »geldliche Versorgung«, sondern die wirkliche Beschäftigung einer möglichst großen Zahl von Schwerbeschädigten, also freie Bahn dem Lohndruck.

Das RAG legt seinen Entscheidungen die »Arbeits- und Betriebsgemeinschaft« zwischen Führer und Gefolgschaft zugrunde. Nicht wirtschaftliche Vorteile des einzelnen Arbeiters sind maßgebend, sondern eine »Arbeitsgesinnung«, die in erster Linie den Nutzen der Volksgemeinschaft im Auge hat. So hat das RAG zum Rahmentarif im Gastwirtsgewerbe eine Auslegung geschaffen, wonach sich die Tariflöhne vermindern, wenn die Einnahmen des Betriebes in einem Monat unter einer gewissen Schutzsumme liegen. Das Urteil spricht von einer Schicksalsgemeinschaft der Unternehmer und Arbeiter und es wird eine Betriebsverbundenheit konstruiert, die eine völlige Verlagerung des Betriebsrisikos bedeutet.

»Soviel ist aber sicher, daß heute eine Betriebsverbundenheit anderer Art in Frage steht, als unter der Herrschaft der Betriebsräte und daß der Grundsatz,

unter Umständen müsse die Gefolgschaft zur Mittragung der Betriebsgefahr herangezogen werden, damit begründet werden kann, daß... den erweiterten Rechten naturgemäß auch erweiterte Pflichten gegenüberstehen müssen.«

Die Unternehmer bleiben zwar im Besitz der Produktionsmittel, aber ihre Gefolgschaft hat das Risiko mitzutragen. So entschied das RAG, daß ein noch länger laufender Arbeitsvertrag vorzeitig gekündigt werden kann, wenn seine Durchführung die Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs des Arbeitgebers mit sich bringen kann. Diese »schicksalsmäßige Verbundenheit mit dem Betrieb« hat das RAG so weit ausgelegt, daß auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses einem Ruhegehaltsempfänger die Rente gekürzt oder völlig entzogen werden kann, wenn die Fortzahlung den Unternehmer »gefährden« würde. Was aus den Arbeitsinvaliden wird, kümmert das Reichsarbeitsgericht nicht.

Ein anderes Urteil stellt fest, daß auch die Treuepflicht gegenüber dem Unternehmer zeitlich über die Dauer des Arbeitsverhältnisses hinaus für die Ruhegehaltsempfänger Geltung haben muß. Handelt es sich um jüdische Unternehmer, so kann nach der Rechtsprechung das RAG die Treuepflicht zur Gefolgschaft den Belangen des Betriebes übergeordnet werden. Eine jüdische Firma hatte sich geweigert, auf Veranlassung der Kreisbetriebszellenleitung ihren jüdischen Buchhalter fristlos zu entlassen. Die Aufforderung der Zellenleitung war »rechtswidrig«, sie hätte aber beim Betriebsinhaber die Befürchtung wecken müssen, daß der reibungslosen Fortführung des Geschäftes Gefahr drohe, also müßten die Privatinteressen des Angestellten zurückgestellt werden. Es bestand ein Widerstreit der Pflichten des Betriebsführers der ganzen Gefolgschaft gegenüber und seiner Pflicht gegen einen einzelnen Angestellten. Terror geht vor Recht.

Der Grundsatz »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« wird geradezu verhöhrt, soweit sich die Rechtsprechung mit den Beitragsunterschlagungen einzelner Unternehmer gegenüber der Sozialversicherung befaßt. Hier soll unterschieden werden zwischen denjenigen Versicherungsgruppen, in denen die Leistung nicht vom Eingang des Beitrags abhängt und der Rentenversicherung, bei der

der Rentenanspruch auf Grund der Höhe geleisteter Beiträge errechnet wird.

»Der Grundsatz »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« könne zugunsten des der Versicherungsleistung verlustig gehenden Gefolgschaftsmitglieds doch nur dann herangezogen werden, wenn dieses eben deshalb, weil die Versicherungsleistungen ausbleiben, der öffentlichen Fürsorge anheim fällt, was keineswegs immer und notwendig der Fall ist.«

Der Unternehmer, der sich durch Nichtzahlung der Beiträge zur Kranken- oder Unfallversicherung persönlich bereichert, ist nach dieser Sophisterei der RAG nicht eigenständig. Sagt doch das RAG an anderer Stelle:

»Entscheidend muß es aber... vor allem auf das Interesse der Volksgemeinschaft ankommen, dem unzweifelhaft die Erhaltung des einzelnen Betriebes dienlich ist.«

Geht es aber um die Erhaltung des Lebens und der Arbeitskraft des Arbeiters, dann hat er den Blick auf das Volksganze zu richten und nicht auf sein belangloses Individuum.

Das RAG hat schließlich den im Dritten Reich soviel gerühmten Urlaubsanspruch nachgeprüft und dargelegt, daß auch § 2 des AOG keine Grundlage für einen allgemeinen Urlaubsanspruch gebe. Die Bestimmung bringe zwar den neuen Geist zum Ausdruck,

»wolle aber keine Rahmenbestimmung darstellen, deren Ausführung dem Richter wegen der Vielgestaltigkeit des Lebens eine unlösbare Aufgabe stellen würde.«

Ist das Leben des Lohnarbeiters so vielgestaltig, daß ein Teil der Ausbeuteten auf Urlaub verzichten sollte?

Es wird dann noch einmal auf jenes Urteil verwiesen, wonach die Tarifordnungen unabdingbar sein sollen, aber sofort hinzugefügt, daß ein Tariflohnverzicht sich schon deshalb erübrigt, weil doch der Treuhänder in der Lage ist, jeden Betrieb aus der Tarifordnung herauszunehmen.

Die Darstellung der Reichsarbeitsgerichtsrechtsprechung wird mit einem Zitat des »Führers« gekrönt, in dem die Volksgemeinschaft deklariert ist.

»Und wer sie nicht befolgen will, wird erfahren, daß über seinen Eigennutz der Gemeinnutz der Nation steht, der durch uns seine Repräsentation erfahren hat.«

Man kann auch sagen: Die Nutznießer der Nation werden »durch uns« repräsentiert!

Die Hungerpeitsche

Das Ansteigen der Arbeitslosigkeit im Dritten Reich hat die Arbeitsgerichte mobilisiert. In dem nunmehr wieder heftiger werdenden Kampf um den Arbeitsplatz sollen neue »Rechtsgrundsätze« wirksam werden. Das Ziel ist klar: Der Arbeitsplatz ist aus Parteigründen den alten Kämpfern zuzuschützen, während die anderen Werkstätigen »von Rechts wegen« aus der Arbeit geworfen werden müssen.

Für derartige Aktionen wird nach einem Plan vorgegangen, der schon mehrfach beobachtet werden konnte. Zunächst erscheinen wissenschaftliche Aufsätze, daß das Recht im nationalsozialistischen Sinne nur die gesuchte Lösung erfordere. So konnten wir feststellen, daß schon seit längerer Zeit »wissenschaftliche« nachgewiesen wird, daß oppositionelle Einstellung zu Staat, Volk oder Partei als Kündigungsgrund eines Arbeitsverhältnisses anzusehen ist. Als zweite Etappe erscheint dann ein Urteil, das in besonders extremer Weise diesen »Rechtsgrundsatz« anwendet. Dieses Urteil wird in der gesamten Presse zitiert und damit den anderen Gerichten als leuchtendes Beispiel vorgeführt. Bei der sattsam bekannten Zivilcourage der deutschen Richter dauert es dann nicht lange, bis diese Rechtsprechung allgemein geworden ist.

Im Arbeitsrecht ist dem Arbeitsgericht Tilsit die Aufgabe zugefallen, die »grundlegende« Entscheidung zu fällen. Auf die Widerrufsklage eines wegen seines Ausschlusses aus der SA entlassenen Arbeiters wird zunächst grundsätzlich festgestellt, daß »die Förderung der Zwecke des Betriebes nur in Unterordnung unter die Belange der Gesamtheit zu erfolgen habe.«

Die Arbeiter müssen demnach zunächst zuverlässige Nazis sein. Nur dann können sie die Zwecke des Betriebes fördern, also arbeiten. Was darunter in der Praxis zu verstehen ist, lehrt die weitere Begründung des Urteils. Das Gericht begnügt sich nämlich nicht mit der Feststellung, daß die Entlas-

sung zu Recht erfolgt sei. Es geht darüber hinaus und erklärt, daß der Unternehmer sogar die Pflicht gehabt habe, diesen Arbeiter zu entlassen. Es führt aus:

»In der mündlichen Verhandlung ist einwandfrei festgestellt worden, daß die kommunistische Propaganda in dem Betrieb noch nicht ganz erloschen ist. Sicherlich würden es die kommunistischen Elemente nicht unterlassen, aus einem Weiterverbleiben des Klägers im Betriebe Nutzen zu ziehen, indem sie darauf hinwiesen, daß ihm Nachteile aus seinem Ausschluss aus der SA nicht entstanden seien. Das Verbleiben des Klägers ist daher geeignet, Unruhe in den Betrieb zu bringen.«

Diesem Arbeiter konnte also irgendeine staatsfeindliche Einstellung oder Betätigung nicht nachgewiesen werden. Er mußte entlassen werden, weil nach einer seltsamen Logik eines ostpreussischen Amtsrichters die staatsfeindliche Nutzen hätten ziehen können.

Wenn ein derartiges Urteil lobend erwähnt wird, kann man sich nicht mehr wundern, daß das Landesarbeitsgericht in Halle noch einen Schritt weiter gegangen ist. Es hat sogar eine fristlose Entlassung bestätigt, weil ein Eisenbahnarbeiter sich geweigert hatte, den sogenannten »deutschen Gruß« anzuwenden. Das sei eine »unberechtigte Gehorsamsverweigerung«, meint das Gericht, es könne »einem staatseigenen Unternehmen nicht zugemutet werden, Dienstverpflichtete auch nur eine Zeit weiter zu beschäftigen, die ihre Pflicht bewußt verletzen, auch wenn eine sofortige Auflösung des Vertragsverhältnisses eine große Härte für den Dienstverpflichteten bedeutet.«

Gar kein Zweifel besteht mehr, daß jede oppositionelle Einstellung einen Kündigungsgrund darstellt. Das stellen auch zwei Urteile fest, die einer Widerrufsklage stattgegeben haben. In einem Falle — Arbeitsgericht Köln — konnte ein ebenfalls ausgestoßener SA-Mann nachweisen, daß er politisch zuverlässig sei, weil er noch der Partei angehöre. Im Falle des Arbeitsge-

richts Hindenburg hatte der Unternehmer keine Beweismöglichkeit für die behauptete staatsfeindliche Haltung des gekündigten Arbeitnehmers.

So stellt sich auch das Arbeitsrecht ganz in den Dienst der Politik und der Partei. Wer muckst, über den wird die Hungerpeitsche geschwungen.

Das marxistische Argument

Die Nationalsozialisten können die Niederlage, die ihnen die Belegschaft der Sternwerke bereitet hat, nicht so leicht verwinden. An dem Widerstand der Arbeiter- und Angestelltenschaft mußten sie den Versuch aufgeben, die Arbeiter durch die Bewältigung der wöchentlichen Lohnzahlung noch schlechter als bisher zu stellen. Sie wollten den Lohn dreimal im Monat zahlen, aber schon bei der ersten Rate alle Abzüge vornehmen. Die Wiederaufhebung der schon zur Einführung gebrachten Maßnahme läßt einen aus dem Bonzenchor, der sich als »enger Mitarbeiter des Treuhänders für den Ruhrbezirk« bezeichnet, in der Essener Nationalzeitung ein Klagegedicht anstimmen. Darin wird der Nichterfolg bedauert und der Werkleitung nachträglich der Ratschlag erteilt, sie hätte der Gegenstimmung nicht nachgeben sollen.

Der »Deutsche Volkswirt«, der gern als maßgebliches Sprachrohr der Industrie angesehen wird, macht sogar das Eingeständnis, daß die nationalsozialistische Erziehung der Arbeiterschaft bisher so gut wie ohne Erfolg geblieben ist. Er schreibt:

»Wenn allerdings die einmalige Monatsabrechnung und die dreimalige statt viermalige Auszahlung gelegentlich abgelehnt wird mit der Begründung, daß in ihr ein einseitiger Vorteil für den Betrieb, nämlich, die leichtere Abrechnung verbunden ist, demgegenüber es nicht genüge, wenn der Belegschaft kein Nachteil erwächst, sondern dem ein ausgesprochener Vorteil, nach Art einer Lohnhöhung für die Belegschaft entsprechen müsse, so ist demgegenüber darauf hinzuweisen, daß dieses Betrachtung doch etwas zu stark an das marxistische Argument erinnert, nach dem angeblich der Unternehmer auf Borg bei den Arbeitern lebt und unverdiente Zinsgewinne einstreicht. Zusammenfassend darf man sagen, daß das Experiment scheiterte, weil die Belegschaft sich doch konservativer erwies, als man erwartet hatte. Dies ist kein Vorwurf, sondern nur die Feststellung einer soziologischen Tatsache, die erst mit längerer Einwirkung der nationalsozialistischen Bewegung einer Wandlung unterliegen mag.«

Mit dieser Erwartung wird sich der »Deutsche Volkswirt«, der zu den eifrigsten Befürwortern der monatlichen Lohnabrechnung gehört, sicher arg täuschen.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »G R a p h i a«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—); Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pos. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Dänzig Gold, 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postcheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.